

Volksmacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 25 Pf., vierteljährlich 1,00 RM., einjährlich 10,00 RM., einschließlich Post. In den Abholstellen monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 RM., einjährlich 10,04 RM., einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Anzeigenpreise:

Die spanische Zeitzeile 25 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 2ge-spaltene Kleinzeile 80 Pfg., Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 17

Danzig, Sonnabend den 28. April 1917

8. Jahrgang

Tausend Tage Krieg

Am letzten Sonntag waren tausend Tage des Krieges zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien verstrichen. Die ganze Welt warnte vor 34 Monaten, den Konflikt zwischen der Donaumonarchie und dem serbischen Königreiche kriegerisch entscheiden zu lassen. Wer heute nachliest, was damals geschrieben wurde, der findet, daß die Gefahr des Weltkrieges damals deutlich von der Sozialdemokratie erkannt wurde, und daß wir mahnten und warnten, das kleine Feuer rasch zu löschen, damit nicht ein Weltenbrand aus ihm erwachse. Alles Mahnen war vergeblich, alle Kundgebungen für die Erhaltung des Friedens umsonst.

Am nächsten Montag sind es tausend Tage, daß Deutschland im Kriege steht. Seither kämpfen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gegen Frankreich, England und Rußland, gegen Belgien und Serbien. Die Zahl unserer Feinde mehrte sich: Montenegro, Japan, Italien, Portugal, Rumänien und auch noch die Vereinigten Staaten von Amerika gliederten sich in die Schlachtreihe unserer Feinde ein. Die Türkei trat an unsere Seite, nachher noch Bulgarien. Was sonst in der Welt noch Waffen führte, zeigte immer weniger freundlich uns gegenüber den neutralen Standpunkt. Brasilien und Bolivia wie China haben die diplomatischen Beziehungen zu uns abgebrochen, die Zahl und Wärme unserer Freunde ist gewaltig zusammengeschrumpft.

Tausend Tage Krieg! Wer hätte das ausgedacht in Wien und Budapest und in Belgrad in den Julitagen 1914! Wer hat mit der Möglichkeit eines so unselig langen Krieges gerechnet in Berlin und in Paris, in London und in Petersburg in den entscheidenden ersten Tagen des August 1914! Nun, wo wir trauervoll auf tausend Tage der Vernichtung und des Elends, des Jammers und der Greuel zurücksehen, und wo wir nicht ahnen können, wieviel Tage noch gesteigerter Furchterlichkeit folgen werden, wo wir nicht wissen, wie schmerzhaft die Feindschaft Jahrzehnte hindurch zwischen den heute kriegführenden Nationen sein wird, nun müssen wir fragen: Hat jemand die Rechnung dieses Krieges gemacht, bevor dieser Krieg zur Tatsache wurde?

Wir halten keinen Menschen, mag er unser ärgster Feind sein, so tauschlich verrucht, daß er in Ahnung dessen, was dieser Krieg zeitigen könnte, ihn ausgelöst haben würde. Wir glauben auch nicht an die Schuld eines Einzelnen, bei uns nennt man Eduard VII., jenseits der Schützengraben Wilhelm II., der diesen ungeheuren Zusammenstoß verursacht haben soll. Sind Menschen auch nicht frei von aller Schuld an diesem Kriege, so lösten doch den Weltkrieg aus große Zusammenhänge und scharfe Gegensätze in der Weltwirtschaft. Es wirkten Beherrschungen einer Heberflügelung aller Wirtschaftsentwicklung durch neue, allzu scharfe Reibungen in Gegenwart und Zukunft beim wirtschaftlichen Ausdehnungsdrange der kapitalistischen Gruppen in den einzelnen Ländern: Ost mehr gefühlsmäßig empfunden als rechnerisch festzustellende Gefahren für die Zukunft.

Dieser Weltkrieg, dessen wirtschaftliche Ursachen im allgemeinen feststehen, wenn sie auch im einzelnen strittig sind, dieser Krieg ist wirtschaftlich der größte Widersinn, der gerade unter dem Gesichtspunkte der Entfaltung der Erwerbskräfte, der Gewinnung von Reichtum, des Vordringens im Weltmarkt gedacht werden kann. Dieser Weltkrieg ist eine Schwächung aller an ihm beteiligten Mächte, wie sie stärker nicht gedacht werden kann. Alle wirtschaftlichen Hoffnungen, die der Krieg ausgelöst hat, schlagen in das Gegenteil um, alle europäischen Mächte werden auf das tiefste durch den Krieg geschädigt. Nicht die wirtschaftliche Vorteherrschhaft in der Welt wird das Ergebnis des Krieges sein, sondern die harte Notwendigkeit, die schweren Wunden langsam und mit beschränkter Mühe zu heilen, die er geschlagen hat. Nur die dem Kriege fernstehenden Nationen dürften aus dem Kriege Gewinn ziehen.

Dieser Krieg wird zur gewaltigsten Predigt für den Frieden! Niemals wurde der Krieg so heftig in seiner ganzen Kulturwidrigkeit klargestellt. Nie wurde der Krieg so unfähig erkannt zur Austragung von Völkernkonflikten als in diesen tausend Tagen. Niemals wurden alle Kräfte so restlos in den Dienst des Krieges gestellt als in diesen tausend Tagen. Aber niemals erwies sich auch die militärische Gewalt, so sehr sie alle Kraft in sich vereinte, so sehr sie ins Gigantische wuchs und alle vorangegangenen Kriege zwerghaft erscheinen ließ, niemals erwies sich die militärische Macht so unfähig, dem Krieg den Sieg folgen zu lassen, als in diesen tausend Tagen.

Was der Kapitalismus, was die Wissenschaft, was Technik und Erfindungsgeist an sich immer von neuem übertreffenden und die Menschen in Erstaunen setzenden Höchstleistungen aufzuweisen konnten, wurde zum dienenden Glied des Krieges und uns wie bei den Feinden. Bei unseren Verbündeten, wie

bei den Neutralen, die immer neue Waffen schmiedeten für die im Kriege stehenden Nationen.

Aber je länger der Krieg dauerte, desto später sah man sein Ende. Im ersten Monat sah man es nahe; in den ersten hundert Tagen schien es möglich. Je mehr hundert Tage sich an die ersten hundert reiheten, desto ferner entschwand dem hoffenden Sehnen der Menschheit der kommende Tag des Friedens. Immer klarer wurde es, daß der Krieg nicht den Frieden bringen könne, daß alle militärischen Anstrengungen, daß alle Steigerung der Feindschaft, auch die vollkommenste Aufstachelung der Leidenschaften, auch alle Vergiftung der Geister, auch alle Verschroffung der Seelen, auch alle Stillsetzung des Gemütes dem Krieg nicht die Kraft schaffen konnten, dem Krieg ein Ende zu bereiten.

Tausend Tage des Krieges liegen hinter uns! Die furchterlichsten Schlachten der Weltgeschichte am Ende dieser tausend Tage, und doch sehen Angreifer wie Abwehrer in diesen Schlachten nur ein neues Blatt dieses Krieges und nicht den entscheidenden Tag.

Die Hoffnung der Menschheit nun, wo tausend Tage des Krieges Millionen Seelen erschüttern, liegt nicht mehr in den Mächten des Krieges, die trotz der höchsten Anstrengungen, trotz des bewunderungswürdigsten Opfermutes von Millionen Menschen bei Freund und Feind nicht vermocht hatten, den Sieg auf eine Seite zu zwingen.

Zahlreiche Schlachten sind gewonnen worden, aber der Krieg ist nicht gewonnen worden in diesen tausend heißen Tagen. Wir alle, die wir diesen Krieg bestaunt haben, wie wir auch zu ihm standen, wir sind ermüdet worden in den tausend Tagen des Krieges, obgleich dieser Krieg eine ungeheure Macht offenbart, wie sie niemals in der Weltgeschichte aufgeboten wurde. Niemals standen so viel Menschen im Kriege, niemals hatte jeder Einzelne so viel zu leisten. Niemals haben die Völker so vieles im Kriege geopfert als in den verflochtenen heißen Tagen. Mit den höchsten Steigerungen, die die Sprachen aller Völker zulassen, muß von diesem Krieg gesprochen werden. Und doch vermochte er nicht in tausend Tagen das Kriegsziel zu erreichen, den Frieden zu schaffen. Hoffentlich gelingt es den Mächten des Friedens, die nun an der Arbeit sind, den Krieg nicht lange mehr dauern zu lassen. Die Welt hat genug von tausend Tagen des Krieges, sie verlangt nicht neuer tausend Tage.

Kriegsnachrichten

Die furchtbare Schlacht.

Berlin, 17. April. Während die Kämpfe im Abschnitt von Arras und die Vorfeldkämpfe im geräumten Gebiet zwischen Arras und Soissons ablaufen, ist die Schlacht an der Aisne in breiter Front in ungeheurer Heftigkeit entbrannt. Nach zehntägigem, nahezu ununterbrochenem, Tag und Nacht lobendem Jermalmunitionsgeschütz waren die Franzosen ihre Truppenmassen zum Angriff vor. Selbst der stärkste artilleristische Aufwand, tagelanges Vernichtungsfeuer und systematische Vergasung aller Zugangswege ermöglichte es den Franzosen indessen nicht, den geplanten Frontdurchbruch zu erreichen. Auch ein örtlicher Anfangserfolg, wie die Engländer ihn durch das rasende Feuer ihrer mehrfach gestaffelten Geschützlinie erreichen konnten, blieb den Franzosen an der Aisne verlagert. Wo die deutschen vordersten Gräben zertrümmert und unpassierbar geworden waren, wurden die anstürmenden Massen der Franzosen in dahinterliegenden Stellungen erwartet und durch sicher stehendes Feuer in dichten Reihen zusammengeschossen. Unsere beispiellos tapfer kämpfenden Truppen warfen die Sturmwellen der Franzosen an vielen Stellen in erbittertem Nahkampf mit Bajonett, Kolben und Handgranaten zurück. Vor einzelnen Abschnitten ist das Gefechtsfeld buchstäblich mit gefallenen Franzosen überfüllt. Trotz aller Blutopfer kamen die Franzosen über kleine örtliche Vorteile an einigen Stellen, wo sie die Verteidiger zurückzudrängen vermochten, nicht hinaus. Anfangserfolge in der Gegend von Soupir, Beaulne, östlich von Vailly und bei Colvre nördlich von Reims wurden durch Gegenstöße größtenteils wieder ausgeglichen. Der Feind erlitt hierbei schwere Verluste an Toten und Gefangenen. Bei Nebenangriffen in der Gegend von Cassang und Vauxaillon, nordöstlich von Soissons, wurden ihm im Gegenstoß 300 Gefangene abgenommen. Die Schlacht ist auch östlich von Reims in der Champagne entbrannt.

Die über jedes vorstellbare Maß hinausgehenden Schrecken dieser Welteschlacht erinnern den zurückweisenden Blick an die Schlacht, die am Schluß der Hunnenkriege zur Zeit der großen Völkerwanderung auf den Katalaunischen Feldern in Südfrankreich geschlagen wurde. Von ihr berichtet die Sage, daß die rachedürstenden Geister der Erschlagenen noch in der Luft miteinander gerungen haben. Sie brachte jener blutgetränkten Welt aber wenigstens den Frieden. Hoffen wir, daß die auf fast gleichem Boden tobende Schlacht an der Aisne die gleiche Wirkung hat. Unsere Bewunderung und unser heißester Dank gilt allen Söhnen unseres Volkes, die

dort in der Verteidigung der Heimat kämpfen, bluten und sterben. Was ist alle antile heldengröße gegen ihre übermenschlichen Taten. So Gewaltiges können nicht Männer vollbringen, die nur unter dem Zwange der Disziplin ihre Pflicht tun. Solche Taten weltgeschichtlicher Kraft können nur Männer leisten, die sich unerschütterlich bewußt sind, für ihres Volkes Freiheit und schönerer Zukunft zu ringen. Nur einem bescheidenen Teil der ihnen schuldigen Dankbarkeit können wir dadurch vergelten, daß wir die Kraft, aus der auch ihre felsenfeste Siegesgewißheit strömt, den festen Zusammenhalt hinter der Front zu ihrem und unserem Heil unloslich erhalten.

Berlin, 25. April. (Amtlich.) Seit dem am 19. April bekanntgegebenen U-Boot-Erfolge sind nach den bis zum 24. April eingegangenen Sammelmeldungen weltweiser insgesamt 143 500 Brutto-Register-Tonnen feindlicher und neutraler Handelsschiffe durch unsere U-Boote im Englischen Kanal, im Atlantischen Ozean und in der Nordsee versenkt.

Seegefecht im englischen Kanal.

Berlin, 21. April. (Amtlich.) Leichtere deutsche Streitkräfte sind in der Nacht vom 20. zum 21. April in den östlichen Kanal und gegen die Themsemündung vorgestoßen. Die Festungen Dover und Calais wurden auf nahe Entfernungen mit insgesamt 650 Schuß wirkungsvoll unter Feuer genommen. Calais war unbewacht; ein vor Dover angetroffenes Vorpostenfahrzeug wurde vernichtet.

Als auf dem Rückmarsch kein weiterer Gegner gesichtet wurde, machten Teile unserer Streitkräfte unter Führung des Korvettenkapitäns Gaultier kehrt und nahmen nochmals Kurs auf den Kanalaustrag. Hierbei stießen sie östlich von Dover auf eine größere Anzahl von englischen Zerstörern und Führungsschiffen. Es kam zu scharfen Gefechten auf nächste Entfernungen; ein feindliches Führungsschiff wurde durch Torpedoschuß versenkt, während mehrere andere durch Artillerietreffer schwer beschädigt, wahrscheinlich ist von den letzteren ebenfalls eines gesunken. Von unseren Torpedoboote sind „G. 85“ und „G. 42“ aus diesen Gefechten nicht zurückgekehrt und müssen als verloren gelten; alle übrigen Boote sind ohne Beschädigungen oder Verluste wieder eingelaufen.

Ein südlich der Themsemündung vorgestoßener Teil unserer Streitkräfte traf keine Kriegsfahrzeuge des Gegners an und konnte nur einige Gefangene von einem Handelsschiffe einbringen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Kleiner englischer Kreuzer vernichtet.

Berlin, 20. April. (Amtlich.) Am 14. April wurde westlich von Alexandria ein zu den Bewachungstreitkräften gehöriger kleiner englischer Kreuzer, wahrscheinlich der „Foxglove“-Klasse, von einem unserer Unterseeboote im Nachtangriff durch zwei Torpedotreffer schwer beschädigt. Das Sinken konnte wegen Dunkelheit und feindlicher Gegenwirkung nicht mehr festgestellt werden, ist aber mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Des Kaisers Dank an die Kämpfer im Westen.

Berlin, 21. April. (Amtlich.) Seine Majestät der Kaiser richtete anlässlich der siegreich abgewehrten Angriffe an der Aisne und in der Champagne folgendes Telegramm an Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit den Kronprinzen:

„Die Deinem Befehl unterstellten Truppen aller deutschen Stämme haben in hahlbartem Willen und kraftvoll geführt den großen französischen Durchbruch an der Aisne und in der Champagne zum Scheitern gebracht. Die Infanterie hat auch dort wieder das Schwerste zu tragen gehabt und Großes in todesmutigem Ausbarren und unwiderstehlichem Angriff dank der unermüdblichen Hilfe der Artillerie und der anderen Truppen geleistet.“

Führern und Truppen übermittle ich meinen wie des Vaterlandes Dank. Die Schlacht an der Aisne und in der Champagne ist noch nicht zu Ende. Alle die dort kämpfen und bluten, sollen aber wissen, daß Deutschland ihrer Taten gedenkt und mit ihnen festen Willens ist, den Daseinskampf bis zum siegreichen Ende durchzuführen. Das walte Gott!

Wilhelm I. R.“

Gerard über Deutschlands Widerstandskraft.

Der frühere Berliner Botschafter Gerard sprach in einer Versammlung in Newport und betonte, daß Deutschland weder infolge einer Revolution im Innern noch durch Mangel an Lebensmitteln unterliegen würde. Mit den vorhandenen Lebensmitteln würden die Deutschen, wenn auch mit Schwierigkeiten auskommen. Sie würden auf eine harte Probe gestellt werden, aber sie gehörten zu einer Gattung von Menschen, die die Probe bestehen würden. Die Möglichkeit einer deutschen Revolution sollten sich die Amerikaner nur aus dem

Sinn schlagen. Herr Gerard sagte auch ein Wort, das die Ursache des Krieges betrifft. Er meinte: Wenn Amerika nicht an der Seite der Alliierten in den Kampf gezogen wäre, hätte es nach dem Frieden Deutschland allein zu bekämpfen gehabt. Der Volkshalter äußert da einen Gedanken, der Wilsons Weltfriedensziel mit einem großen Nachdruck bedient.

Barbarische Kriegführung

Paris, 21. April. (Anläßliche Meldung der Tagespost.) Entgegen allen Regeln des Völkerrechts und der Menschlichkeit lindigen die Deutschen ihren Entschluß an, Hospitalier ohne Warnung zu tödlichen. Unter diesen Umständen brachte die französische Regierung zur Kenntnis, daß sie deutsche Gefangene auf diesen Fahrzeugen einschiffen würde.

Diese französische Behauptung ist unwehr. Es ist lediglich ein in der Denkschrift vom 31. Januar getragenes festgelegtes Gebiet im englischen Kanal für den Verkehr mit feindlichen U-Booten verboten. Wohl nachgewiesenermaßen U-Boote der Entente zum Transport von Truppen und Kriegsmaterial mißbräuchlich benutzt wurden. Die von der französischen Regierung angeforderte Maßnahme kann daher nur als ein neuer Beweis unerschütterlicher Handlungsmacht der Franzosen, wie er sich unseren Gefangenen gegenüber besonders in Afrika unzählige Male zeigte, angesehen werden.

Gegen einen deutsch-russischen Sonderfrieden

Petersburg, 21. April. (Meldung der Petersb. Teleg.-Agentur.) Der Sozialist Meyer, Mitglied des amerikanischen Kongresses, richtet an das Demokratische Komitee, den Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates, folgende Depesche: Als einziger sozialistischer Abgeordneter des amerikanischen Kongresses bitte ich Sie kategorisch, die uns heimmührenden Berichte zu demontieren, daß die russischen Sozialisten einen Sonderfrieden mit Deutschland heimgelüsten.

Der Volksgesandtschaft des Arbeiter- und Soldatenrates laudte Meyer folgende Antwort: Wie in dem Aufruf der Arbeiter- und Soldatenrates in Petersburg an die Völker der Welt und in der Entschlußfassung des allgemeinen Kongresses der örtlichen Arbeiter- und Soldatenvertreter erklärt worden ist, erstrebt die gesamte russische revolutionäre Demokratie keinen Sonderfrieden, sondern einen internationalen Frieden ohne offene oder verhehlerte Interventionen auf der Grundlage einer freien Entwicklung der Völker.

Es ist immerhin nicht unwahrscheinlich, daß selbst der amerikanische Sozialist Meyer-London, der die Kriegskredite verweigerte, durch das Gerücht eines Sonderfriedens zwischen Rußland und Deutschland beunruhigt wird.

Kriegscharakter in Brasilien

Bern, 21. April. „Agencia Americana“ meldet aus Rio de Janeiro: Die Bevölkerung zerriß die Plakate der internationalen Friedensliga, die Brasilien aufforderten, Deutschland den Krieg nicht zu erklären. Der Kaiserliche Schiedsrichter forderte die Regierung und die Bevölkerung durch ein Manifest an, Deutschland den Krieg zu erklären. Die Bevölkerung demonstrierte Kundgebungen vor der Gesandtschaft und dem Konsulat von Argentinien, um ihrer Freude über die militärische Unterstützung Argentinien auszudrücken.

Politische Rundschau

Die Regierung zur sozialdemokratischen Friedensforderung

B. Z. S. Berlin, 21. April. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt am politischen Tagesbericht: In die Reichsteinnung wird erneut von allen Seiten die dringende Aufforderung gerichtet, im Kampf der Völker um die Weltfrieden Stellung zu nehmen. Nach zu dieser Aufforderung hat die Regierung der Sozialdemokratischen Partei, getrieben von der Überzeugung ihrer früheren Versäumnisse für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegserwartungen auszusprechen. Die Regierung hat das, was von ihr über die Kriegsschritte erklärt werden konnte, am 21. April in Form eines Artikels in der „Vorwärts“ veröffentlicht. Er wird unbefristet durch das Drängen von beiden Seiten zum Ausdruck kommen. Den ihr Gemissten und Verantwortung der Welt nicht zu verweigern. Ihre Aufgabe ist es, sobald sie möglich ist, zu einem glücklichen Ende zu kommen. Dem haben wir alles, was möglich ist, an die Kriegsschritte gebunden. Wir werden unsere Kräfte einsetzen. Die deutsche Presse schreibt unermüdet an unsern Vorgesetzten. Aber trotzdem bleibt es dem Verstandesmenschen, daß es nicht in der Frage der Kriegsschritte und nicht in der Frage der Kriegsschritte die geringsten Bedenken der Völker zu haben vermag. Das ist dann immer ein Beweis für ein wenig mehr an der Regierung und ihrer Politik. Die Regierung hat die Frage der Kriegsschritte nicht nur in der Frage der Kriegsschritte, sondern auch in der Frage der Kriegsschritte. Die Regierung hat die Frage der Kriegsschritte nicht nur in der Frage der Kriegsschritte, sondern auch in der Frage der Kriegsschritte.

den Welt liegt wahrhaftig kein Bedenken der Schwäche. Ein solches ist es auch nicht, wenn wir hinzufügen, daß für Vorkerbungen, die über den Zweck der Selbstbehaltung hinausgehen, die Eroberungen und Entschädigungen, keine Aussicht der Vermittlung besteht.

Die offizielle Erklärung heißt aber für die Wichtigkeit dieser Behauptung den besten Beweis. Wenn die französische Presse nach tausend Tagen Weltkrieg immer noch würde Friedenspläne verschleiern, wer will da glauben, die französische Regierung werde sich bei demnachst haltenden Verhandlungen zu Gebietsabtretungen und Zahlung von Contributionen bereitwillig lassen? Für einen solchen Anfall, für ein solches Zusammenklappen läßt sich nichts das geringste Absehen erheben.

Und doch soll die deutsche Regierung Verhandlungen, und sie will sie zu einem guten Ende führen, obwohl sie ganz genau weiß, daß Eroberungswünsche dort nach keiner Seite hin Aussicht auf Verwirklichung haben. Also will die Regierung den Frieden ohne Eroberungen und ohne Entschädigungen. Sie will dies nicht sagen, da sie ihn nicht will.

Die Folge ist nun die: Jene ungünstigen Wirkungen, die die Regierung von einer offenen Erklärung im Sinne der sozialdemokratischen Forderung befürchtet, sind nicht vermieden worden. Das „Befehlen der Schwäche“ ist da. Jene günstigen Wirkungen aber, die ein hares Bekenntnis der Regierung gehabt hätte, bleiben aus. Denn eine klare deutsche Erklärung, die dem Frieden den Weg bahnt, fehlt.

Die Sozialdemokratie vertritt dagegen seit Beginn des Krieges ihr klar umrissenes Friedensprogramm. Im Sinne dieses Programms, das durch den Beschluß des Parteikongresses neuerdings bekräftigt ist, wird sie weiter arbeiten, sich nur auf sich selbst und auf die Macht der Tatsachen verlassend!

Noch nicht genug des Bistums?

Ganz Deutschland, mit Ausnahme einiger ganz Unverantwortlicher, ist darüber einig, daß dem eifertigen Blutsvergießen so schnell als möglich ein Ziel gesetzt und alle Friedensbestrebungen auf vernünftiger Grundlage eifrig gefördert werden sollen. Der nationalliberale Grvnder „Gesellige“ scheint anderer Ansicht zu sein, weil er schreibt:

„Auch von deutscher und österreichischer Seite haben sich dauerlichere bereits einige Ueberseher gefunden, die den Friededgedanken ihrer russischen Gesinnungsgenossen begeistert ausgreifen. Es sind die sozialdemokratischen Abgeordneten Scheide- mann-Berlin bekannt durch seine mehr wört- als inhaltsreichen Kriegsjournale, und Dr. Adler-Wien, der Senior der österreichischen Sozialdemokratie und Vater des Mörders Dr. Stueger. Außerdem soll sich ihnen noch ein weiterer Führer der deutschen Sozialdemokratie und ein bekannter Zentrumsabgeordneter angeschlossen haben, und dieses Quartett will sich nun nach Stockholm begeben, um dort mit den Vertretern der russischen Arbeiterpartei in der Friedenstrage zu konferieren. Man wird bei uns in Deutschland mit sehr gemischten Gefühlen von dem Entschluß der edlen Vier Kenntnis nehmen und kaum der Ansicht sein, daß gerade diese Abgeordneten die geeigneten Vertreter der deutschen Volkstimmung sind. Hoffentlich wird auch unsere Reichsregierung noch ein paar Worte in der Angelegenheit mitreden und durch entsprechende Maßnahmen dafür sorgen, daß der Eifer der vier Friedensfreunde den wünschenswerten Rahmen nicht übersteigt.“

Der „Gesellige“, der nicht immer so unangenehm über die Sozialdemokratie geschrieben hat, mag sich gesagt sein lassen, daß er mit solcher geistlosen Verhöhnung der Friedensbestrebungen seinem Lande nichts weniger als einen Dienst erweist. Würde er vollends die Meinung der Schührgedankenkämpfer über sein Geschreibe zu hören bekommen, dann würde ihm wahrscheinlich ein Licht darüber aufgehen, daß es ein kleiner Unterschied ist, tagelang im Eisenhagel bei Arras auszuharren oder im sicheren Reaktionszimmer gegen Friedensbestrebungen loszutreten.

Die an den Haaren herbeigezogene Schmähung des in der ganzen Welt verehrten Genossen Dr. B. Adler steht so tief, daß wir Adler dagegen nicht schüßen dürfen. Sie beweist die Höhe, auf der der „Gesellige“ nicht steht.

Zur Berliner Streikbewegung

J schreibt das „Berliner Tageblatt“:
In bedauerlichem Maße hätte der Streik eigentlich nur noch in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken“ in Wittenau-Wanninchenfelde fortgedauert. Da hat nun im Interesse der Munitionsversorgung des Heeres die Militärbehörde eingegriffen. Seit dem 19. April ist dort eine Verordnung des Oberkommandierenden in den Marken angehängt, die mit Geltung von diesem Tage auf Grund des § 9b des Belagerungsstatusgesetz des Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Wittenau-Wanninchenfeld bis auf weiteres in militärische Leitung übernimmt. Zum Leiter der Werke ist der Inspekteur der technischen Waffen der Infanterie, Oberst v. Helmstedt, bestimmt. Diejenigen Berieren, die in den genannten Werken beschäftigt waren und seit dem 14. April die Arbeit niedergelegt haben, hatten binnen 24 Stunden, bis Sonntag, 21. April, früh 7 Uhr, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn sie nicht unverzüglich den Nachweis der Arbeitsunfähigkeit zu führen vermöchten. Mit Wirkung vom 19. April ab ist allen diesen Berieren bis auf weiteres verboten, ohne Zustimmung des militärischen Leiters die Arbeitsstelle zu wechseln, von der Arbeit fernzubleiben, die Arbeit niederzuliegen, die Arbeit zu verweigern oder absichtlich einzuschränken. Ebenso wird verboten, die Arbeiter in den genannten Werken mündlich oder schriftlich oder durch Verleumdung von Druckreden zur Arbeitseinstellung anzuregen. Zuwiderhandlungen werden unter Strafe gestellt. Alle wehrpflichtigen Arbeiter, die in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken beschäftigt waren und seit dem 14. April die Arbeit niedergelegt haben, gelten, soweit sie nicht bis zum 21. April morgens 7 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen haben oder nachweisbar arbeitsunfähig sind, von diesem Zeitpunkt ab als zum Heeresdienst eingezogen, erhalten Soldatensoldung und unterliegen den Kriegsgesetzen.

Diese Maßnahme hat den Erfolg gehabt, daß von der Arbeiterpartei der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken am Sonntag, den 19. April, wieder zur Arbeit angetreten sind. Unter den Ausgeschiedenen befanden sich in der Mehrzahl Frauen.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß der Abg. Haase die Arbeiter dieses Betriebes zur Stellung weitgehender politischer Forderungen beauftragt hat. Als Kurie mußte er sich darüber klar sein, welche Folgen daraus für die Arbeiter entstehen mußten. Es ist bedauerlich, daß er trotzdem Rücksicht auf deren unangenehme Wirkungen im niemals, um so mehr aber die Arbeiter treffen konnten und nun selber auch getroffen haben.

Um den Preis dieser proletarischen Opfer ist selbst der sehr berechnete Nachweis des Unerschütterlichen dem Hilfsideeengeh und den durch seine, von der Arbeitergemeinschaft gefüllten, Ablehnung herbeigeführten Zuständen, die zu neuer Bezugs.

Die vom Reichstagsparlament erwählte Deputation der Berliner Streikenden bestand gar nicht aus Arbeitern, sondern aus Haase, Seebauer und Bogtner!

Der Reichstanzler gegen politische Streiks

B. Z. S. Berlin, 21. April. Der Reichstanzler hat an sämtliche Bundesregierungen das nachfolgende Schreiben gerichtet:

Sehr Wohlgehornte, daß die Sicherheiten unseres Vaterlandes, die der Sieg in dem uns anliegenden Kampfe von der Be-

stimmung gewolligen. Kitzzeuges für Heer und Flotte abhängt. Die ist unangesehene, anstrengendste Arbeit in allen Betrieben, die für Kriegführung Bedeutung haben, unbedingt notwendig. Werden sol Unternehmungen, wenn auch nur auf kurze Zeit, stillgelegt, so die Schlagfertigkeit unserer Truppen in Frage gestellt und den Plänen und Berechnungen der Heeresleitung die Unterlage entzogen.

Die aufgestellte deutsche Arbeiterkass ist sich der hohen Bedeutung ihrer Aufgabe voll bewußt. In letzter Zeit haben aber einigen Orten Personen, die sich dadurch bewußt oder unbewußt den Dienst unserer Felder stellen, versucht, sie in der Erfüllung ihrer Aufgabe zu stören.

In verschiedenen Betrieben, deren ungestörter Fortgang die Landesverteidigung wesentlich ist, ist an die Arbeiter mündlich schriftlich, aber durch Verteilung von Flugblättern und Handzetteln Aufforderung zur Arbeitseinstellung gerichtet worden. Es ist mehrfach versucht worden, Arbeiter, die getreu ihrer Pflicht zur Arbeit zurückgekehrt, von der Arbeit abzuhalten. Auch in Zukunft werden solche Versuche scheitern an dem vaterländischen Pflichtgefühl und dem gefunden kameradschaftlichen Sinn unserer deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Uebereinstimmung mit der Partei ihrer bewährten Berufsorganisationen ihre ganze Kraft daran setzen, unseren kämpfenden Brüdern zu schaffen, was sie zur Verteidigung der Heimat brauchen.

Die deutsche Arbeiterkass soll aber auch wissen, daß die Staatsbehörden, die über Recht und Gesetz zu wachen haben, mit gegen jene verbrecherischen Wucherschaften antämpfen werden. Die Strafgesetzbuch bedroht diejenigen, die auf die angegebene Weise ein feindlichen Macht Vorstoß stellen oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder seiner Bundesgenossen Nachteil zufügen, wegen Verrats mit schwerer Strafe. Wer unseren tapferen Kriegern in diesem heiligen Kampfe chlos und treulos in den Rücken fällt, stellt sich außerhalb der Volksgemeinschaft und soll von der ganzen Schärfe des Gesetzes getroffen werden.

Ich weise mich einig mit den hohen Bundesregierungen in dem Gefühl heiliger Verpflichtung, jedes Deutschen Arbeit im Dienste unseres am sein Dasein ringenden Volkes mit allen Mitteln zu fördern und vor feindlichen Umtrieben zu schützen.

gez.: von Bethmann Hollweg.

Kardinal Dr. v. Bettinger und die Sozialdemokratie.

Die Erinnerung an die in mehreren sozialdemokratischen Blättern wiedererwähnte Tatsache, daß der dieser Tage gestorbene Kardinal-Erzbischof Dr. v. Bettinger der Vater der bekannten bayerische Kompromisse zwischen Zentrum und Sozialdemokratie war, ist der literarischen Presse gelegentlich sehr unangenehm. In der Tatsache will man dem fähigstgläubigen Volke künftig nicht plausibel machen, daß die Sozialdemokratie eine Ausgeburt der Hölle und daß jeder sozialdemokratische Führer einem Menschenstiefel gleichzuwerten sei, wenn die hohe Geistlichkeit selber mit diesen Sozialdemokraten politisch und gesellschaftlich ein Jahrzehnt lang in nahezu intimer Weise Verkehr gepflogen hat! Darum spricht die Münchner „Allgemeine Rundschau“ (21. April) von einem „alten Märchen“, das an der Bahre Bettingers wieder aufstehe, und die Berliner „Germania“ (Nr. 176) bezeichnet gleichfalls die Angabe, daß der damalige Dompropst von Speyer einer der Führer und Organisatoren der schwarz-rot-roten Bündnisse in der Pfalz gewesen sei, als Märchen; an dem Wahlabstimmung von 1905 sei „kein Geistlicher (!) beteiligt“ gewesen. Demgegenüber nur wenige tatsächliche Angaben: Dr. Bettinger, damals noch Stadtpfarrer, hat am 13. Juni 1905 mit fünf anderen Zentrumsführern an einer Sitzung in dem Hotel Reinweber in Mannheim teilgenommen, wo das Kompromiß mit den sechs Vertretern der Sozialdemokratie abgeschlossen wurde. Dann begann die Wahlarbeit in der Pfalz. Sie ging an mit einer Zusammenkunft in der Wohnung Bettingers, im Pfarrhause, wo der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Probst mit Bettinger den Kriegsplan durcharbeitete. Hinzukam schließlich Domkapitular Dr. Zimmer, ein intimer Freund Dr. Bettingers, der bereits das erste Wahlkompromiß (1899) bearbeitet hatte. Dr. Zimmer bereitete im Anschluß an diese Zusammenkunft eine ganze Reihe katholischer Geistlicher der pfälzischen Wahlbezirke brieflich auf einen Besuch des Abg. Probst vor. Nach dem Besuchen in der Pfarrhäufern erstattete Probst dem Dr. Bettinger Bericht, und als eine Pfarre (Kaiserstauern) nicht Ordnung wollte, erklärte Bettinger, er werde persönlich hinzufahren und den Leuten den Standpunkt klar machen. Auch bei der Reichstagswahl 1907 fanden zwischen Bettinger und Ehrhart Beratungen wegen der Stichwahl statt. Die Zusammenkünfte zwischen Bettinger, dem Organisator der pfälzischen Zentrumspartei, und Ehrhart, dem Führer der Sozialdemokratie, waren in den zehn Jahren der schwarz-rot-roten Wahlbündnisse terari zahlreich, daß sich daraus eine Freundschaft zwischen beiden entwickelte.

Angesichts dieser Tatsachen müssen die Abiegungsvorfälle der Zentrumspresse, die diesen Sachverhalt kennt, als völlig hinfällig bezeichnet werden.

Jesuitengesetz und Sprachenparagraf gefallen.

Berlin, 19. April. Der Bundesrat ist in seiner Sitzung vom 19. April 1917 dem Beschluß des Reichstages, das Gesetz betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1875 aufzuheben, beigetreten.

In der gleichen Sitzung hat der Bundesrat dem Beschluß des Reichstages, den § 12 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 (Sprachenparagraf) zu beseitigen, keine Zustimmung erteilt.

Posen, 19. April. Der Bromberger Regierungspräsident ordnete an, daß mit Beginn des neuen Schuljahres der Religionsunterricht auf der untersten Stufe in polnischer Sprache gegeben werden könne.

Zur Aufhebung des Jesuitengesetzes schreibt der „Vorwärts“ unter der Ueberschrift: „Kleine Reformen in großer Zeit“: Wir freuen uns des gesetzgeberischen Fortschritts, aber eine andere Frage ist, ob wir uns durch ihn etwa für befriedigt erklären können. Die Beschlüsse, so gut und nützlich sie an sich sind, bedeuten noch nicht die befreiende Tat, die das Volk zurzeit dringend von der Regierung erwartet und die dem Charakter unserer inneren Politik ein völlig neues Gesicht geben soll. — Das „Berl. Tagebl.“ sagt zu der ersten Abschlagszahlung mit vollem Recht: Das Ziel der Mitarbeit des gesamten Volkes an der Gestaltung seiner Geschichte wird erst dann erreicht sein, wenn das parlamentarische Regierungssystem dauernd Garantie dafür bieten wird.

Unterstützung der Kriegerfrauen

Abg. Hoch hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: Ist dem Herrn Reichstanzler bekannt, daß infolge des letzten Runden-

Die Ernährung der Danziger Bevölkerung

Die Ankündigung der Herabsetzung der Brotmenge vom 15. April hatte im ganzen deutschen Volke, vor allem aber in den Arbeiterkreisen Mißfallen hervorgerufen. Die geringere Brotabgabe sollte allerdings durch reichlichere und regelmäßiger Zuführung von Fleisch und Kartoffeln ausgeglichen werden. Demnach konnte diese Erklärung der Regierung die Arbeiter nicht ohne weiteres beruhigen. Sie befürchteten, ob diese Zusagen gehalten werden könnten. Aus dieser Stimmung heraus entstanden am 15. April und den folgenden Tagen Streiks. Wenn auch in einigen Großstädten die „sozialrevolutionären“ „Unabhängigen“ versuchten, der Bewegung ein politisches Gepräge zu geben, so hat sie doch ihre entscheidende Ursache in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Sie führten auch hier zu der Ausstandsbewegung, über die wir in der vorigen Nummer ausführlich berichteten. Hinzu kam hier der Unwille der Arbeiterschaft über das beispiellos unsoziale Verhalten des hiesigen Magistrats. Immer wieder haben wir auf diese unhaltbaren Zustände hingewiesen. Leider vergeblich! Hoffentlich haben die bedauerlichen Ereignisse der letzten Woche auch den betreffenden Kreisen die Einsicht gebracht, daß es mit der bisherigen Praxis nicht weiter gehen kann! Erforderlich ist in erster Linie eine radikale Umänderung des hiesigen Systems der Kriegswirtschaft. Die kriegswirtschaftlichen Einrichtungen der Stadt sollten weniger von bürokratischem Geist und Rücksicht auf die Interessierten geleitet sein. In weitgehendster Weise müßten die Behörden mit den Vertretern der Arbeiterschaft Fühlung nehmen. Hoffentlich gelangen die Forderungen, die in der großen Volksversammlung am Sonntag den 22. April in Ohra aufgestellt wurden, voll und ganz zur Durchführung. Den Arbeitermassen aber erwächst die Pflicht, treu und fest zur Organisation zu stehen und strenge Disziplin zu wahren. Solche bedauerlichen Vorgänge, wie sie sich am vorigen Sonntag in der Ostbahn abspielten, können nicht dazu beitragen, den Einfluß der Arbeiterschaft und ihre Sache zu stärken. Die Elemente, die so unverantwortlich in öffentlicher Volksversammlung gegen die Organisationen hetzen, sollten doch bedenken, daß letzten Endes die gesamte Arbeiterschaft die schweren Folgen solcher Selbstzerfleischung zu tragen hat. Wir geben folgende Einzelheiten wieder.

Eine Eingabe des Arbeiterausschusses Danzig

Der Arbeiterausschuß Danzig, der die Bewegung der Arbeiter am 16. d. Mts. geleitet hatte, richtete eine Eingabe an den Magistrat, in der er sich gegen Maßregelungen von Teilnehmern des Streiks wandte und energische Friedensmaßnahmen forderte. Sie kam in der Stadtverordnetenversammlung am 24. April zur Verhandlung. Stadtv. Brunzen, der Direktor der konservativen Danziger Allg. Ztg., beantragte Ueberweisung an den Magistrat als Material. Begründend führte er aus, daß man die Eingabe ganz entschieden zurückweisen müsse. Durch die StraßenDemonstrationen werde nur die Ausdauer und der Kampfesmut unserer Feinde gestärkt. Die hiesigen Arbeiterorganisationen hätten mit obiger Entschlossenheit nichts gemein. Die ganzen Vorgänge seien nichts weiter, als das Werk von Dunkelmännern und Machenschaften unlauterer Persönlichkeiten, die die Geschäfte unserer Feinde besorgen. Andere Stadtverordnete nahmen nicht das Wort. Brunzen zog darauf seinen Antrag zurück und die Eingabe ging zu den Akten. So bedauerlich auch die Streikbewegung im Interesse unseres gerade jetzt schwer bedrohten Vaterlandes ist, so wenig

auch die Arbeiterorganisationen damit etwas zu tun hatten, ebenso unberechtigt sind aber auch die Ausführungen des Stadtv. Brunzen. Gerade durch seine agrarischen Gesinnungsfreunde sind schwere wirtschaftliche Mißstände mit verursacht worden. Die Herabsetzung der Brotration wäre wohl kaum notwendig geworden, wenn viele Agrarier das Brotgetreide nicht um schänden Gewinnes als Viehfutter benutzt hätten. Auch sind gerade die Agrarier nicht sehr rücksichtsvoll auf die Not des Vaterlandes bedacht gewesen, wenn es galt, ihre Forderungen, die einen größeren Gewinn für die Landwirtschaft bezwecken, zu vertreten. Schrieb doch kürzlich ein agrarisches Blatt, daß die Erregung in den landwirtschaftlichen Kreisen über die Maßnahmen der Regierung so getrieben sei, daß man für die Folgen nicht bürgen könne. Der bekannte Großgrundbesitzer Odenburg von Januschau proklamierte sogar kürzlich in Danzig in einer konservativen Versammlung ganz offen den Kartoffelstreik, indem er erklärte, daß er wegen der, nach seiner Meinung falschen, Maßnahmen der Regierung die Anbaufläche für Kartoffeln von 500 auf 400 Morgen herabgesetzt habe. Wir betonen nochmals, daß wir eine Wiederholung der Ausstandsbewegung nicht wünschen. Dasselbe ist auch seitens der Gewerkschaften wiederholt erklärt. Solange der furchtbare Ansturm der Feinde an unsern Fronten noch andauert und die Gegner zu einem auch für Deutschland ehrenvollen Frieden nicht bereit sind, haben wir — wie alle Volksangehörigen — alles zu vermeiden, was die Kampfkraft unserer Truppen mindern könnte. Diese notwendige Maßnahme sollten aber nicht nur die Arbeiter, sondern auch alle anderen Kreise dringend beachten.

Besprechung der Arbeitervertreter mit dem Magistrat

Am Freitag den 20. April fand auf Einladung des Oberbürgermeisters Scholz eine Besprechung zwischen dem Magistrat und den Vertretern der verschiedenen Organisationen der Arbeiter und Angestellten statt. Oberbürgermeister Scholz eröffnete die Versammlung mit der Bemerkung, daß die Besprechung dazu dienen solle, die Wünsche der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen und gemeinsam über Mittel und Wege zu beraten, um bestehenden Mißständen entgegenzutreten. Man solle nicht annehmen, daß mit dem kommenden Frieden alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten verschwinden würden. Auch im Auslande bestände der gleiche Mangel. Wir müssen uns daher auf unsere eigene Kraft verlassen. Die Mängel, die sich bei dem Betrieb der Danziger Speisehallen herausgestellt hatten, sollen beseitigt werden. Die Verminderung der Brotration läßt sich nicht umgehen. Sie soll durch die Abgabe größerer Fleischmengen gemildert werden. Auch werde es sich hoffentlich ermöglichen lassen, daß der Bevölkerung in Zukunft pro Kopf und Woche fünf Pfund Kartoffeln zugeteilt werden. Die Schwerarbeiter sollen das doppelte Quantum erhalten. Genosse Sellin fragte, ob sich das Gerücht bewahrheitete, daß die Stadt größere Mengen Nahrungsmittel zurückbehalte. Dr. Grünspan erklärte, daß das nicht zuträfe. Die kleinen Reserven, die zeitweilig vorhanden waren, seien längst aufgebraucht. An Fleisch und Wehl werde der Stadt vom Reiche nur das zur Verteilung notwendige Quantum verabfolgt. Vorräte sind zurückgelegt und würden sobald die Fänge vorüber sind, in gelagertem Zustand in den Handel gebracht werden. Genosse Gehl bedauerte, daß nicht schon früher eine solche Sitzung einberufen worden sei. In der Preisprüfungsstelle müßten die Arbeiter als die große Masse der Konsumenten stärker vertreten sein. Auch würde

manche falsche Ansicht im Publikum schwinden, wenn die Verhandlungen öffentlich wären. Dr. Grünspan stellte eine Vergrößerung der Preisprüfungsstelle in Aussicht, jedoch müsse die gesetzliche Bestimmung eingehalten werden, daß die eine Hälfte der Mitglieder aus Verbrauchern und Sachverständigen, die andere aus Erzeugern und Händlern bestehen muß. Die Tätigkeit der Preisprüfungsstelle werde jedoch immer mehr eingeschränkt, da die Preise schon in Berlin festgesetzt werden. Stadtv. Nitz klagte über Unzulänglichkeiten bei Verteilung der Hindenburgspende. Diese Tätigkeit sollte man den Arbeiterausschüssen überlassen. Die Arbeiter würden auch gerne noch Muschelfleisch kaufen, wenn der Preis mit 30 Pfg. pro Pfund für Schaffiere nicht zu teuer wäre. Oberbürgermeister Scholz erklärte, daß die Verteilung der Hindenburgspende viel Ärger bereitet habe, da es an der richtigen Organisation fehle. Jetzt geschehe die Verteilung durch die Arbeiterausschüsse. Der Redner hatte darüber geklagt, daß das Dörr Obst völlig aus dem Handel verschwunden ist. Es ist jedoch zu hoffen, daß wir in diesem Jahre besser versorgt sein werden.

Stadtv. Nitz beklagte auch die geringe und unregelmäßige Abgabe der Eier. Mit ihnen werde großer Schleichhandel getrieben. Der Oberbürgermeister Scholz entgegnete, daß die Stadt nur für 140 000 Einwohner 26 Eier pro Jahr und Kopf erhalte. Herr Ingenieur Fluß und Genosse Reed klagten darüber, daß auf dem Lande noch große Mengen von Lebensmitteln vorhanden seien. Diese müßten umgehend beschlagnahmt und den Städten zugeführt werden. Der städtische Arbeiter sei heute nur auf das geringe Quantum angewiesen, das die Stadt zuteile. Genosse Reed beschwerte sich auch darüber, daß die minderbemittelte Bevölkerung bei der Fleischabgabe zugunsten der Betterbemittelten benachteiligt werde. In der Ausgabestelle für Lebensmittelkarten wünschte er eine schnellere und höflichere Abfertigung des Publikums. Hierzu wurde erklärt, daß Höflichkeit allen städtischen Angestellten zur Pflicht gemacht worden ist.

Die Vertreter der Arbeiterschaft unterbreiteten darauf folgende Wünsche, deren Erfüllung vom Magistrat zugesagt wurde:

- 1. Der vor mehreren Wochen gebildete Schwerarbeiter-Ernährungsausschuß soll auch die Speisehallen überwachen, und zwar durch einen noch zu wählenden Unterausschuß.
2. Die Preisprüfungsstelle soll durch Arbeitervertreter erweitert werden.
3. Dem städtischen Macheramt sollen einige Vertreter der Arbeiter beigelegt werden, die das Recht haben, Ermittlungen und Ueberwachungen auf dem Gebiet der Ernährungsfrage vorzunehmen.
4. Alle vier Wochen soll eine ähnliche Versammlung wie diese stattfinden, zu der auch die Presse geladen wird.

Massenversammlung in Ohra

Das Kartell der freien Gewerkschaften hatte zum Sonntag den 22. April eine Volksversammlung nach der „Ostbahn“ Ohra einberufen, in der zu der Ernährungsfrage Stellung genommen werden sollte. Dieselbe war von mehreren tausend Personen besucht. Genosse Gehl hielt das einleitende Referat. Er schilderte eingangs, wie durch die englische Hungerblockade Deutschland die Zufuhr von Lebensmitteln abgeschnitten würde. Dadurch müßte Mangel bei uns entstehen. Das hatte die Sozialdemokratie vorausgesehen und sei sie unterbreitete deshalb in Verbindung mit der Generalkommission der Gewerkschaften schon am 13. August 1914 der Regierung eine Eingabe, in der sie die Sicherstellung der Ernte und künftigen Produktion und die gleichmäßige Verteilung an die Bevölkerung verlangte. Das sei leider nicht geschehen. Die Folgen der Zauderpolitik der Regierung zeigten sich bald, indem die Preise der Lebensmittel eine ungeahnte Höhe erreichten. Jetzt

Matenglaube

Aus Kette und Kerker die Arbeit befreien,
aus unser Wert und Gelübnis sein.
Die Sonne führt wieder den Mai heran,
freut Blüten und Kränze auf seine Bahn
und leht ihm die goldene Krone aufs Haupt.
Wohl jedem, der an die Sonne glaubt!
Ein jeder, der unsern Bund beschwor,
die Sonne als Schild und Wappen erkor.
Wir stehen noch immer in Kampf und Graus,
es wankt die Erde, es bebt das Haus.
Doch wir, die mit der Sonne gehn,
wir wollen fest wie die Berge sein.
Hört unsern Schwur, den keiner bricht:
Wir glauben dem Mai und seinem Licht.
Wir glauben der Sonne und ihrer Macht,
sie führt uns aus tiefer Not und Nacht.
Vaid strahlt sie auf schöneres Friedensland,
den Mai der Arbeit an ihrer Hand.
Karl Bröger.

Kriegs-Gebirungen

Im „Geraischen Tageblatt“ waren unlängst 28 Sündenrinnen öffentlich genannt, die sich im Bereiche des Generalkommandos von Kassel sündiger Liebe schuldig gemacht haben. Die einen werden nur sanfterer, beinahe platonischer Regungen bezichtigt — die Liste nennt das „Vertrauliche Annäherung an Gefangene“ — die anderen aber werden derb und deutlich des „Geschlechtsverkehrs mit Gefangenen“ bezichtigt, und es sind auch die Strafen angegeben, die den Sündenrinnen auferlegt wurden. Eine Direktorsfrau bekam sechs Monate Gefängnis, eine Frau in Erfurt erhielt gar wegen „Geschlechtsverkehr mit Kriegsgefangenen“ — man beachte den Plural — nicht weniger als 18 Monate, das ist 1 1/2 Jahr Gefängnis. Ich möchte mich für die Direktorsfrau oder für die Dame in Erfurt keineswegs ins Zeug legen. Die Damen sind wahr-

haftig nicht sympathisch, wenigstens nicht auf Grund ihrer Verurteilungen. Aber ich erinnere mich, ganz ähnliche Listen auch in Toler Blättern gelesen zu haben, dieselben Brandmarkungen, dieselben Verbrechen, denn das Delikt ist wohl ein internationales, nur war die Strafzage in Oesterreich viel gelinder. Drei oder acht Tage Arrest, wenn es hoch ging, ein Monat. Je mehr nach Norden, desto höher wird vermutlich die Tage für dieselbe Sache. Gott weiß, wieviel Jahre Zuchthaus für das bißchen Vergnügen in Königsberg ausgeteilt werden würde. Der Gedanke, das erotische Vergehen mit Gefängnis geahnt werden sollen, wäre in Friedenszeiten von allen Seiten abgewiesen worden. Man erinnert sich an den Unwillen, den vor Jahren die Annäherung von Großstädterinnen an ausgestellte Negertuppen erregte. Man spottete, man höhnte mit Recht über die instinktlösen und hemmungslosen Weiber, die Weiß und Schwarz ungeniert mischen wollten. Es regnete Couplets und Volkswitze über die kleinen Negerjungen, die einen Berliner Geburtschein bekamen, obwohl ihr dunkler Vater längst wieder an der heißen afrikanischen Küste im Sande lag. Eine Frau, der eine solche Entgleisung nachgesagt wurde, war in ihrem Viertel nicht länger gelitten, der Hoß, der Spott, auch die Berachtung der Berliner vertrieb sie in andere Gegenden. In solchem Volksurteil kommt ein durchaus gesunder Instinkt zum Durchbruch. Aber Gefängnis für eine Verirrung — dagegen hätte sich dazumal der Volksinstinkt mit gleicher Entschiedenheit gewendet! In puncto puncti hat der Staat niemandem etwas dreinzureden, sofern keines Nebenmenschlichen Gesundheit gefährdet wird. So dachte man in vergangenen Friedenstag. Ja, es gab sogar einen deutschen Dichter, der ein dickes Buch „Achanit“ veröffentlichte, das von nichts anderem handelte als von der Leidenschaft eines defizienten Jungwieners für Nababu, ein wundervoll geformtes schokoladenbraunes Negermädchen. Vor einem Gerichtshof von weißen Rassegeizhörn wäre der verrückt-verliebte Peier Altenberg zweifellos zu einigen Jahren Zuchthaus oder zu dauernder Entmannung verdonnert worden, wenn es eben damals, in weit zurückliegenden Friedenstag, irgend einem Menschen eingefallen wäre, Sexualverirrungen dieser Art mit Gefängnis zu ahnen. Nein, das Gefächter derer, die im

Lande bleiben und weiße Frauen lieben wollten, schien damals Korrektur genug.
Am Krieg ist das anders. Von Millionen Menschen wird jetzt erotische Enthaltbarkeit verlangt, und mancher, der sich's früher nicht zugetraut hätte, lebt jetzt monatelang wie ein Mönch. Im besonderen der Gefangene wird kurzweg als geschlechtsloses Wesen angesehen, obwohl eine höhere Einsicht einen Paragrafen in der Genfer Konvention fordert, die auch dem Gefangenen sein natürlichstes Recht nicht vorenthält. Aber Genfer Konvention, höhere Einsicht, natürliches Recht des einzelnen — wer laßt denn nicht, wenn er die Tafel von vorgestern hört?
In Wirklichkeit sind dem Manne oft genug Auswege möglich. Der Frau aber legt der Krieg strengste Gesetze auf! Ich weiß nicht, welche Milderungsgründe die zu 18 Monaten verurteilte Sünderin für sich vorbrachte, aber ich kann mir denken, daß man sie nicht gelten ließ. Vielmehr wird sie vorgebracht haben, daß ihr Mann seit einhalb Jahren fern von ihr gewesen. Aber darauf würden ihr die Richter mit Entschiedenheit geantwortet haben, daß eben diese Trennung sie zu besonderer Treue verpflichten müßte. Wohin kämen wir, wenn... Das ist eine strenge, aber, wie ich meine, sehr gesunde Logik. In der Tat: Was in Friedenszeiten läßlich schien, das ist in Kriegstagen durchaus anders, mit viel strengeren Augen anzusehen. Dieser Krieg würde mit einer verhängnisvollen Zerrüttung aller Bande verknüpft sein, wenn der einzelne sich so gehen lassen wollte, wie er es in vergangenen Friedenstag auf Jungflossabenden als sein gutes Recht betonen durfte. Eine junge Frau, die ihren Mann zwei Jahre entbehren mußte, mutet damit ihren Sinnen Außerordentliches zu. Aber verlangt der Mann, der draußen im wässriggefrorenen Schützengraben liegt oder täglich 40 Kilometer in Sturmschritt zurücklegt, nicht Ungewöhnliches von sich? Jeder von uns kennt junge Frauen, die bei Kriegsbeginn blühend, rund und glücklich waren, nun verhämt, mager und melancholisch geworden sind. Die Entbehrung der Liebe ist kein geringes Opfer für sie, ganz besonders für die Arbeiterfrau, die mit Lilienron leuzend von sich sagen muß: „Kurz ist der Frühling!“ Aber dieser opfervolle Krieg hat von jedem von

Der große Schweiger.

Zwei Tage nach der lebhaften Bewegung der Danziger Arbeiter, die gerade hier sehr auf, el, hielt der Liberale Verein am 19. April im Bildungsinstitute seine Mitgliederversammlung ab. Man hätte zuerst den Vorstand, zu dem jetzt übrigens auch der Kaufmann Julius Schmidt gehört, den die Liberalen im Rathause einst stark bekämpft haben. Dann hielt der Chefredakteur der Danziger Zeitung, Dr. Hermann, seine erste Rede als Landtagsabgeordneter. Man mußte mit Recht auf das gespannt sein, was er sagen würde. Einmal wegen der Zeitverhältnisse und dann deshalb, weil er zu einer ganz besonderen Art von liberalen Abgeordneten gehört. Gewählt wurde er im Kriege als Nachfolger Münterbergs. Damals erklärte er, daß er die Kandidatur nur deshalb angenommen habe, weil sich kein Kaufmann dazu gefunden habe. Er werde das Mandat auch nur solange ausüben, bis dafür wieder ein Kaufmann zur Verfügung stehe! Ein Abgeordneter als Plakhalter ist immerhin nicht alltäglich. Dr. H. sprach über zwei Stunden, was die Zuhörer mit Recht ehrfurchtsvoll bewundert haben sollen. Er begann und endete mit — Fichte: „Die Morgenröte der neuen Welt ist schon angebrochen und vergoldet schon die Spitzen der Berge und bildet vor den Tag, der da kommen soll“ rief er am Schluß, grüßte das Licht der Freiheit und — schweigend erschütternd über alles, worüber sein Liberalismus hätte reden müssen! Er sprach sogar von den Gleisnern, die die Masten fallen lassen, auch von der Freude über die Sünder, die da Buße tun, man hörte sogar — gegen den konservativen v. Oldenburg-Schau — die besorgte Frage, wo die Erfüllung des Wortes: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern“ bleibe. In allem übrigen, was gerade die Interessen der großen Masse der Danziger Bürger und vor allem die Arbeiter angeht, aber ungeründliches Schweigen. Sehr geschäftig äußerte H. sich nur über die Sorgen seines lieben Handels. Die Kriegsgesellschaften sind ihm ein Dorn im Auge, weil sie den Handel immer mehr einschränken und ausschließen. Trotz allem Kettenhandel, Preiswucher und Schiebungen schwört er unermüdet auf die „Freiheit des Handels“ und schalt recht deutsch auf unsere organisatorische Hypertrophie (Ueberfülle). Sehr bezeichnend ist, daß er den Preis von 10 Mark für den Zentner Kartoffeln, den v. Oldenburg fordert, nicht ablehnte, entsprechend der von uns bereits kritisierten Haltung seines Kattes. Von falschen Maßnahmen der Regierung in der Ernährungsfrage sprach er. Den Agrariern machte er Vorwürfe wegen der Verfütterung von Getreide. Kein Wort jedoch von den vielen Unterlassungen der Stadtverordnetenversammlung, in der er selber sitzt. Kein Wort dagegen, daß hier die Angehörigen der Krieger noch immer keinen Pfennig Aufschuß erhalten. Kein Wort, trotz Fichte, gegen das harte Programm des liberalen Oberbürgermeisters Scholz: „Not hat es schon immer vor dem Kriege gegeben, wir können doch nicht die Not aus der Welt schaffen“. Den Polen will er etwas mehr Bewegungsfreiheit geben, wenn auch — sie entgegenkommender sind. So sehr liberal! Dabei stimmen die Forderungen, die Korfanty hob und Dr. H. mißbilligt, fast wörtlich mit denen überein, die Ernst Heinrich Ricker in seiner besten Zeit vertreten hat. Nun aber die Neuorientierung! Alle schönen Worte des Kaisers und des Reichskanzlers bis zum „Wuff und Unwuff“ zitierte Dr. H. begeistert und fragte, wo der Sach erfüllt ist. Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich. Das Herrenhaus ist ihm für die Sichel reif als „Urväter Hausrat einzueroffen“. Aber selbst für das preussische Abgeordnetenhaus werte er nicht einmal das Reichstagswahlrecht! Nur die Abschaffung des jetzigen Wahlrechts wünscht er. Die Kreisordnung, die für das platte Land gilt, will er geändert wissen. Die Städteordnung, die für Danzig gilt und das Dreiklassenrecht im Interesse der Hausbesitzer und Großkaufleute festlegt, aber nicht! Dabei ist gerade Dr. H. das völlig unmögliche geworden städtische Wahlrecht ein besonderer Spezialist. Er schrieb einst eine lefenswerte Broschüre gegen das Hausbesitzervorrecht der Städteordnung und forderte darin geheime und gleiche städtische Wahlrecht des Freiherrn vom Stein. Bald darauf stimmte er jedoch als Stadtverordneter gegen einen sozialdemokratischen Wahlrechtsantrag und schrieb zur Begründung in der Danziger Zeitung: „Kein verünftiger Liberaler will das Reichstagswahlrecht für die Gemeinde“. Genau so vernünftig vertritt Dr. H. sich auch zur Neuorientierung. Die Fortsetzung der Ausführung der immer noch ausstehenden Danziger Stadtverordnetenwahl hörte man von ihm denn auch nicht. Und all diesen „liberalen Fortschritt“ sollen einige fleische Zitate und Glossen über die Sünder, die da Buße tun, decken. Was soll denn aber mit denen geschehen, die schuldig keine Buße tun wollen? Darauf scheint Dr. H. den Wählern die Antwort überlassen zu wollen. In diesem Punkt stimmen wir ihm vorbehaltlos zu.

Fürsorge für Kriegerfrauen.

Der Magistrat der Stadt Flensburg beweist, wie weit großzügig denkende und handelnde Gemeindeverwaltung der Kriegsfürsorge gehen kann. Er veröffentlichte in den Flensburger Nachrichten folgende Bekanntmachung:

Sozialkarteffeln.

Un Kriegerfamilien können, soweit der Vorrat reicht, Sozialkarteffeln unentgeltlich abgegeben werden. Lehngeldenträge können im Södergraben 8, Zimmer 23, entgegengenommen werden. Bei Stellung dieser Anträge ist eine Bescheinigung des Verpächters über die Größe des gepachteten Gartenlandes vorzulegen. Familien, die eigenes Gartenland besitzen, haben über die Größe eine Bescheinigung eines Nachbarn vorzulegen. Die Ausweiskarte ist ebenfalls mitzubringen. Flensburg, 14 April 1917.

Der Magistrat.

Sollte, was in Flensburg möglich ist, nicht auch hier zu tun sein? Die Stadt würde sich sicher den Dank der Kriegerfrauen verdienen, wenn sie dem Beispiele des Flensburger Magistrats folgen würde.

Reform des Gemeindevahlrechts!

In seiner Osterbotschaft an den deutschen Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten hat der deutsche Kaiser und König von Preußen die in den Kriegsjahren gewonnene Erkenntnis in die Worte zusammengefaßt: „Nach meiner Ueberzeugung ist für das Klassenwahlrecht kein Raum mehr in Preußen.“ Das Staatsministerium soll bestimmte Wahlreformvorschlüsse vorlegen. „Der Gesetzentwurf wird die unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzuziehen haben.“ Weiterhin wird eine Reform des Herrenhauses in Aussicht gestellt.

Von der Umgestaltung der in Preußen zurzeit bestehenden Gemeindevahlrechte, die nicht weniger ungerecht sind als das Landtagswahlrecht, ist in der Botschaft keine Rede. Aber auch sie werden durch das Wort getroffen, daß für das Klassenwahlrecht kein Raum mehr sei. Ferner hätte sich eine Aenderung der Wahl zu den höheren Kommunalkörperschaften (Kreisstag, Provinziallandtag) und eine Reform dieser Körperschaften selbst anzuschließen. Man könnte es als eine taktische Frage ansehen, ob diese Reformen zugleich mit der Aenderung des Landtagswahlrechts zu fordern seien oder nicht. In Wirklichkeit ist es, wie die „Kommunale Praxis“ (Nr. 16) mit Recht hervorhebt, von grundsätzlicher Bedeutung, daß das eine nicht ohne das andere geschieht. Selbst unter dem Dreiklassenwahlrecht zum Landtag wäre die Stellung die „Ritter und Heilige“, Konservative und Zentrum, in Preußen einnehmen, nicht so stark wie jetzt, wenn sie sich nicht in weiten Gebieten auf ein erdrückendes kommunales Uebergewicht stützen könnten. Auch der Kommunalliberalismus ist weit rückschrittlicher als man es sonst von Liberalen gewöhnt ist. Deshalb würde die Reform des Landtags nicht die volle erhoffte Wirkung haben, wenn in der Gemeinde alles beim alten bliebe.

Von Anfang an muß daher die Absicht zielklarer Reform darauf gerichtet sein, den Ausbau der Selbstverwaltung nachzuholen, der vor einem Jahrhundert vorbereitet worden. Die Aufgaben, die es dabei zu lösen gibt, sind vielfältig und in Einzelheiten auch schwierig. Aber das große Werk wird gelingen, wenn der entschlossene Reformwille des Volkes zu einem unwiderstehlichen Druck gesteigert wird.

In diesem Kriege hat sich die kommunale Selbstverwaltung an vielen Orten glänzend bewährt. Sehr gilt es, die Grundlagen für die unendlich wichtige soziale Friedensarbeit der Gemeinden für kommende Tage zu bereiten. Vorwärts für ein neues Preußen auch in den Gemeinden!

Die Generalversammlung

des Sozialdemokratischen Vereins findet am Sonntag den 29. April im Bürgergarten (Witwe Steppuhn) statt. Die Tagesordnung ist äußerst wichtig und enthält unter anderem die Abrechnung, den Jahresbericht und Neuwahlen zum Vorstand und den einzelnen Kommissionen. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten findet ein gemütliches Beisammensein statt. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht aller Mitglieder. Siehe auch die heutige Anzeige.

* **Danziger Stadtverordnetenwahl.** Zu dem Artikel in Nummer 14 der Volkswacht wird uns mitgeteilt, daß eine Ersatzwahl noch nicht stattfinden kann, weil der frühere Stadtverordnete Krause, der in diesem 2. Bezirk der 3. Abteilung gewählt worden war, gegen die Ungültigkeitserklärung durch die Stadtverordnetenversammlung Klage beim Bezirksauschuß erhoben hat. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen. Freilich hätte man erwarten können, daß nach 3 bis 4 Monaten die erste Instanz zu einem Urteil gekommen wäre. Durch diese Verzögerung der Sache bleibt dieser Wahlbezirk in der Stadtverordnetenversammlung von Danzig unvertreten. Herr Krause, der so um den eigenen Stadtverordnertitel kämpft und wohl kämpfen muß, ist christlicher Gewerkschaftler. Es ist natürlich absolut ausgeschlossen, daß die Gerichte nach seinem Wunsche die unglaublichen Vorgänge, die die Ungültigkeit der Wahl notwendig machten, billigen können.

F. Schichau vom Kriegsauschuß verurteilt.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir in der Nummer 13 vom 31. März einen Artikel, in dem mitgeteilt wurde, daß der hiesige Kriegsauschuß die Firma Schichau dazu verurteilt hätte, den von der Militärbehörde überwiesenen Arbeitern den gleichen Lohn bezu. die gleiche Teuerungszulage und Kinderzulage zu zahlen, wie ihren Zivilarbeitern. Unter Bezugnahme auf diesen Artikel ersucht uns der Vorsitzende des Kriegsauschußes um Aufnahme der untenstehenden Berichtigung. Wir geben diesem Ersuchen um so lieber statt, als die darin enthaltenen Mitteilungen unsere Ausführungen in dem oben genannten Artikel sachlich voll und ganz bestätigen:

„Bezüglich des in Nr. 13 vom 31. März d. Js. erschienenen Artikels, die Firma Schichau vom Kriegsauschuß verurteilt, teilt der Vorsitzende des hiesigen Schlichtungsauschußes mit, daß eine Verurteilung der Firma durch den Auschuß nicht stattgefunden hat, auch nicht hätte stattfinden können. Vielmehr lautet die Entscheidung des Schlichtungsauschußes folgendermaßen: „Die Erteilung eines Abwehrscheines wird zwar abgelehnt. Der Firma Schichau wird jedoch empfohlen, in Uebereinstimmung mit dem Erlaß des Reichsmarineamts, wonach die von der Militärbehörde überwiesenen Arbeiter bezüglich ihrer Löhnung den gleichwertigen Zivilarbeitern gleichgestellt werden sollen, den Beschwerdeführer sowie sämtliche zurückgestellten den Einheimischen bezüglich des Lohnes, der Familienunterstützung, der Kinderhilfe, der Teuerungszulagen und Leihzinstellen und außerdem die tägliche Unterstützung mit 2.— Mark bei etwaigem doppeltem Wohnsitz zu zahlen.“

Die städtische Elektrizitätspolitik

zeigte sich in der Stadtverordnetenversammlung am 3. April bei einer kleinen Vorlage in wenig günstigem Lichte. Für die Beschaffung 2 neuer Dampfessel für das städtische Elektrizitätswerk mußten 420 000 Mark bewilligt werden. Vor nicht langer Zeit wurden 2 Kessel für 180 000 Mark aus — Sparlichkeit abgelehnt. Diese weise Wirtschaftlichkeit mußte jetzt mit einem Mehrpreise von über 200 000 Mark von den —

Steuerzahlern bezahlt werden. Trotz dieser Ausgestaltung genügt das städtische Werk den Anforderungen nur noch für kurze Zeit. Deshalb beantragte der Magistrat die Bewilligung von 400 000 Mark, um das abgebrannte Grundstück der Papierfabrik Bickau an der Kadeau kaufen zu können. Dann würde die Elektrizität durch Verwendung der Wasserkraft gewonnen werden. Unter denstfähigen Menschen kann über den Vorteil dieser Betriebsart gegenüber den mit Dampf arbeitenden Werken kein Zweifel bestehen. Die Siemens-Schuckert-Werke haben 2 Entwürfe für die Ausgestaltung des Wertes angefertigt, von denen das eine die Erzeugung von 10 Millionen Kilo-Watt-Stunden und das andere von etwa 6 Millionen vorsieht. Die Eigentümer des Fabrikgrundstückes, das etwa 300 preussische Morgen groß ist, fordern dafür den unglaublichen Preis von 5 000 000 Mark. Stadtverordneter Brunzen meinte, daß es mit 150 000 Mark gut bezahlt sei und daß 230 000 Mark unter allen Umständen genügen. Der Oberbürgermeister teilte mit, daß von der Ausführung des erweiterten Projektes deshalb abgesehen werden mußte, weil die Nachbarn des Fabrikgrundstückes zu enorme Preise gefordert hätten. Auch er meinte, daß 350 000 Mark als Kaufpreis vollaus genügen. Stadtverordneter Schade, der über die Vorlage berichtete, war der Ansicht, daß 275 000 Mark für die beschränkte Vorlage in Frage kommen würden. — Diese Profitgier der Grundbesitzer ist gewiß eine höchst unerfreuliche Erscheinung, gegen die nicht entschieden genug aufgetreten werden kann. Sie ist eine Ausbeutung der Gemeinnützigkeit, die sich besonders im Kriege abschreckend darstellt. Sie ist aber zugleich eine schwere Anklage gegen die von der Stadt Danzig betriebene Grund- und Bodenpolitik. Die Stadt leistet solchen Beuteplänen dadurch direkt Vorschub, daß sie ihren eigenen Landbesitz veräußert. Es wäre aber total verfehlt, die vorbeugende Schaffung von Werken wegen zu wucherlicher Forderungen überhaupt zu unterlassen. Nach Lage der Dinge müssen da eben die Vertreter der Stadt die für sie günstigste Seite zu gewinnen suchen. Gegen die Vorlage sprach sich nur der konservative Bürgervereinsführer Brunzen aus, der die wiederholte Ausschüßberatung forderte, obwohl drei Ausschüsse bereits ihre Genehmigung erteilt hatten. Sein Antrag wurde abgelehnt. Auf die von ihm durchgeführte namentliche Abstimmung entschieden sich 27 Stadtverordnete für den Ankauf und nur 5 dagegen. Nun zeigte sich wieder die Großzügigkeit der Träger der Danziger Kommunalpolitik in hellem Licht. Da nur 32 Stadtverordnete abgestimmt hatten, so war die Beschlussunfähigkeit festgestellt, weil zur gültigen Abstimmung mindestens 34 Stadtverordnete gehören. Unter den 5 Ablehnenden befand sich, was für uns keine Ueberraschung ist, auch der christliche Gewerkschaftssekretär Galkowski. Man soll aber über Einsicht und Weitblick, die sich ja nicht verschulden lassen, nicht streiten.

Die endgültige Abstimmung erfolgte in der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch den 11. April. Es stimmten 46 Stadtverordnete ab. Von denen entschieden sich 39 für die Magistratsvorlage und 7 gegen sie. Unter den Ablehnenden befanden sich die Zentrums-Konservativen Behrendt, Brunzen, Dressel, Falk, Habel, Scheller und — der neugewählte christliche Gewerkschaftssekretär Galkowski. Der elektrische Fortschritt scheint aus bekannten Gründen gar nicht seine Zustimmung zu finden.

Der Aepfelwucher

ist ein würdiges Denkmal, das sich der freie Handel, neben dem Kettenwucher und den mancherlei Schiebungen, gesetzt hat. In diesen unschuldigen Früchten kann man schon seit langer Zeit sehen, wie ungenügend der freie Handel das Volk versorgen würde, wenn er seinem Latendrang ungezügelt nach den Wünschen des Großkaufmanns Dahmert ausleben dürfte. Am Sonnabend kostete das Pfund Aepfel schon meist 1,70 Mark! Dabei ist nicht etwa dieser schamlose Preis, sondern die Tatsache, daß es jetzt wieder Aepfel gibt, das Erstaunlichste und Empörendste. Seit langer, langer Zeit waren sie wie in die Erde gesunken. Weil es keine mehr gab, mußten sogar die Höchstpreise aufgehoben werden. Jetzt aber, wo der freie Wucherpreis sogar den einstigen Höchstpreis für Tafelobst um mehr als das Doppelte übersteigt, sind wieder Aepfel vorhanden! Dieses frivole Spiel „des Zufalls“ spricht dem freien Handel das Urteil. Gegen solche Treibereien gewissenloser Gewinnjucht gibt es nur das Mittel rücksichtslos zugreifender öffentlicher Bewirtschaftung, die von der Erzeugung bis zum Verbrauch keine einzige Möglichkeit privater Bereicherung läßt. Das „Verschwinden“ der Waren bis um genügend hoch scheinenden Preise müßte mit aller strafrechtlichen Härte geahndet werden. Solche Taten würden aber fortfallen, wenn die Stadtverwaltung endlich das noch immer unbegrenzte Vertrauen zum freien Handel aufgeben und energisch im Interesse der Bürgerschaft die Eigenwirtschaft fördern würde. Die Händler sind eben zu kluge Kenner der Leiber im Rathause maßgebenden Richtung.

Öffentliche Wohnungsfürsorge.

Die Zustände, die für kinderreiche Familien durch die Weigerung zahlreicher Hausbesitzer, an solche Familien Wohnungen zu vermieten, heraufbeschworen sind, rufen gebieterisch nach durchgreifenden Maßnahmen. Es beginnt sich denn auch bereits hier und da den Ortsbehörden die Ueberzeugung aufzudrängen, daß es nicht so weiter gehen kann, wenn nicht schwere, für unser ganzes Volk schädliche Folgen daraus erwachsen sollen. So berichtet das „Nassauer Tagblatt“, daß das Stadthalteramt in Schorndorf in einer öffentlichen Bekanntmachung auf die Obdachlosigkeit von Kriegerfamilien hinweist und u. a. bekanntgibt: „Eine hiesige Frau und Mutter, der die Fürsorge für die Kriegerfamilien am Herzen liegt, hat mir in den letzten Tagen klagend und meinen Beistand anrufend mitgeteilt, daß 4 bis 5 hiesige Kriegerfamilien demnächst der Gefahr der Obdachlosigkeit ausgesetzt seien, da diese wohnungssuchenden Kriegerfrauen überall angesichts ihrer großen Kinderzahl abgewiesen werden. Zugunsten der Kriegerfamilien und der kinderreichen Familien überhaupt richtet ich an die Hausbesitzer und Wohnungsvermieter die ernste Mahnung, sich dieser Familien anzunehmen.“ Der Polizeipräsident von Köln aber zieht schärfere Saiten auf mit einer Verordnung.

In der es heißt: „Es ist häufig darüber Klage geführt worden, daß die Eigentümer von Häusern mit Mietwohnungen oder deren Stellvertreter Wohnungsuchenden die Vermietung von Wohnungen abgeschlagen haben mit der Begründung, daß sie Familien mit Kindern nicht in ihre Häuser aufnehmen. Ein derartiges unmoralisches Verhalten verdient den schärfsten Tadel. Zu dem bevorstehenden Wohnungswechsel richte ich eine ernste Mahnung an alle Hausbesitzer. Sollte sie unwirksam sein, so werde ich die Namen der aus Selbstsucht oder Eigennutz handelnden Vermieter öffentlich an den Pranger stellen.“

Das sind treffliche Worte. Noch trefflicher wäre wohl die unmittelbare Verwirklichung der Drohung. Indessen kann eine gründliche Beseitigung der traurigen Zustände, die in ihren Folgen jedermann erkennen muß, nicht anders als mittels durchgreifender gesetzlicher Maßnahmen und vor allem durch unmittelbares praktisches Eingreifen der Gemeinden durch Bau eigener Wohnhäuser erzielt werden. Nur dadurch kann auch der grenzenlosen Steigerung der Mieten entgegengetreten werden.

Ein humaner Armenarzt.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung brachte Stadtv. Falk das Verhalten eines Langfuhrer Armenarztes zur Sprache. Dieser Wissenschaftler hatte verlangt, daß man ihm die Leichen ins Haus bringe, wenn er einen Totenschein ausstellen solle. Dieses Ansinnen hatte er schon mehrere Male an die Angehörigen Verstorbenen gestellt. Die Angaben des Stadtv. Falk riefen selbst in unsem Stadtverordnetenkollegium, das sicherlich nicht mit zuviel sozialem Del gefärbt ist, lebhaftes Entrüstung hervor. Stadtrat Meyer entgegnete, daß ihm das gänzlich unzulässige Verhalten des Armenarztes auch bekannt sei. Die grobe Ungehörigkeit wäre auch in der armenärztlichen Kommission rügend zur Sprache gebracht worden. Es ist nur schade, daß von beiden Rednern der Name des betreffenden Arztes nicht genannt wurde. Wer in so gefühlloser — richtiger gefühlloser — Weise seine Pflichten als Armenarzt verlegt, hat jedes Recht auf Schonung verloren. Es wird behauptet — wir geben diese Mitteilung mit allem Vorbehalt — daß Sanitätsrat Dr. Semrau der fragliche Arzt sein soll. Es ist nicht zu verstehen, daß der ärztliche Verein, um andere Ärzte vor häßlichem Verdacht zu schützen, nicht die genügende Klarstellung des Sachverhalts veranlaßt hat.

Gegen Arbeitseinstellungen.

Der kommandierende General weist im Aufschuß an Vorgänge der letzten Tage in einer Bekanntmachung darauf hin, daß unter den heutigen Verhältnissen jede Arbeitskraft unbedingt dem Vaterlande gehört. Jeder Wehrpflichtige, der zurzeit zur Arbeitsleistung in der Heimat vom Heeresdienst befreit ist, hat demzufolge seine sofortige Rückberufung zum Heere zu erwirken, wenn er sich — auch nur zeitweilig — seiner Arbeitspflicht entzieht.

Ausweise für Ausflüge. Polizeiliche Ausweise für den Besuch der See schreibt eine neue Verfügung des Stellvert. Generalkommandos des 17. Armeekorps vom 7. Mai ab vor. Danach bedarf jeder reichsdeutsche Besucher der Küstenorte, im Alter von über 12 Jahren, eines von der Polizeibehörde seines dauernden Wohn- oder Aufenthaltsortes ortsfrei ausgestellten Ausweises. Dieser muß eine neuere Photographie des Inhabers und seine Personalbeschreibung enthalten und muß seiner Unterfertigung versehen sein. Für Bewohner des Korpsbezirks genügt eine einfache polizeiliche Bescheinigung ohne Photographie. Diese neue Vorschrift gilt aber auch für Sonntagsausflüge nach Neubude, Bröhen, Weiserplatte, Weichselmünde, Olsa-Gleichen, Adersdorf, Zoppot usw.

Lohnung und Kleingeld. Eine nachahmenswerte Reueuerung haben verschiedene Danziger Betriebe eingeführt, indem sie zur Steuerung der Kleingeldnot bei den wöchentlichen Lohnzahlungen den auszusahlenden Betrag auf volle Mark abrunden und die verbleibenden Pfennige im Verlauf der Woche verrechnen. Auf diese Weise ist der Kleingeldmangel in den Fabriken fast völlig behoben.

Verfall der alten Bezugscheine für Web-, Wirk- und Strickwaren.

Vom 1. Mai 1917 ab dürfen die Gewerbetreibenden Bezugscheine nach dem alten Muster A und B — also auch die im März d. J. ausgefertigten — nicht mehr annehmen. Nur die Bezugscheine nach dem neuen Muster A1 und B1 sind gültig. Jeder Verstoß gegen diese Bestimmung ist strafbar. (H. B. G.)

Flugblattverteilung der Arbeitsgemeinschaft

Der letzte Bureauverwalter, früherer Redaktionsleiter, Gustav Schöndorfer in Danzig wurde wie wir mitteilen, am 1. März vom Danziger Schöffengericht zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt, weil er ohne Erlaubnis zwei gegen die Sozialdemokratie gerichtete Flugblätter durch die Post verbreitete. Gegen das Urteil legte er Berufung ein und bat um eine mildere Strafe. Der Berufungsinstanz wurde über die Sache zunächst berichtet. Beide Flugblätter richteten sich gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, das eine hieß: „Die Wahrheit über die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion“, das andere „Die Selbstankündigung der Fraktionsmitglieder“. Sie enthielten Reichstagsreden von Haase, Scheibnermann usw. und der Inhalt war, wie der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes nicht gerade sehr harmlos. Der Angeklagte will die Verbreitung nur aus — Befehlen vorgenommen haben. Er behauptet, daß die Flugblätter von der heiligen Sozialdemokratischen Untergrundorganisation, die bekannte Friedensspezialkommission, verbreitet worden, was doch verboten gewesen sei. Diese revolutionäre Danziger Untergrundorganisation soll den Angeklagten, als Schreiber genannt, die Flugblätter in die Hände gegeben haben. Der Angeklagte hat dann um Milderung der Strafe gebittet, was aber nicht gelang und er wurde zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hat sich gegen das Urteil nicht beschwert. — Der Angeklagte hat sich nicht jemand die verantwortlichen Stellen der „Arbeitsgemeinschaft“ benannt.

Aus Westpreußen

Olsauer Gemeindeverhältnisse

Zu unserm Artikel in Nummer 15 der Volkswacht über „Lebensmittelfragen in Ostwa“ wird uns von dort geschrieben: „Die jetzigen Gemeindeverhältnisse in Ostwa müssen auch dem fernstehenden eigentümlich erscheinen, wenn er auch nur wenige Tatsachen kennt. Ostwa ist ein schöner Ort, aber die Verhältnisse in der Gemeindeverwaltung waren noch nie vorbildlich. Früher hatte man einen Gemeindevorsteher, auf den die ganze Schuld abgeladen werden konnte. Jetzt hat die Gemeindeverwaltung sich in Zweifel einen Gemeindevorsteher gewählt, der so ganz ein Organ ihres Willens sein sollte. Darum umgibt ihn dieser Personenkreis wie eine Schutztruppe. Obwohl seine Taten in Rewe und Zoppot nicht gerade dafür sprechen, wird er von dieser Schutztruppe für ein Finanzgenie erklärt. Aus diesen Verhältnissen sind auch die Dinge zu verstehen, die in dem bezeichneten Artikel berührt werden. Das amtliche Organ darf keine selbständige Regierung zeigen und auch keine Zuschrift aus der Bürgerschaft aufnehmen, die etwa die geringste Kritik an dem Gemeindevorsteher darstellen würde. So muß bei den fernstehenden die Ansicht entstehen, als ob in Ostwa die bestlichen Zustände herrschten, und jeder Bürger selbstig entsetzt sei von allem, was die Gemeindeverwaltung tut. Versammlungen, in denen etwa eine selbständige Meinung der Bürgerschaft zum Ausdruck kommen könnte, werden hintertrieben, oder bevormundet, und wenn wirklich eine wahre Kritik ausgesprochen werden sollte, so darf sie nicht weiter verbreitet werden. Um vor der Kritik abzuschrecken, wird die furchtbare Drohung ausgesprochen, nach dem Urheber zu forschen und seine gerichtliche Bestrafung herbeizuführen. Also Furchtgeheim!“

Selbstverständlich wird es auch hier einmal gelingen, Gemeindevorsteher zu wählen, die den Mut haben, mit den vorhandenen Verhältnissen ernstlich zu Gericht zu gehen. Die große Mehrheit der Olsauer Gemeindevorsteher gehört bekanntlich zur Zentrums-Partei. Daneben sind die Liberalen in der ersten Abteilung unter Führung des Fabrikbesizers Torkler nicht ohne Einfluß.

Die Firma Schichau vor dem Schlichtungsausschuss.

Die Dreher, Kupferarbeiter und Hilfsarbeiter in der Dreherei, sowie die Rapschmiede der Firma Schichau, Elbing, hatten zu Anfang Februar d. J. den Arbeiterschuß beauftragt, der Firma einige Forderungen auf Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse einzureichen, und der Arbeiterschuß hatte Verhandlungen auf Grund des § 12 des Hilfsdienstgesetzes beantragt. Obwohl die Firma geschlichtet verpflichtet war, mit dem Arbeiterschuß zu verhandeln, hat sie es vorgezogen, die Forderungen schriftlich zu beantworten, und zwar in vollständig ablehnendem Sinne.

Die Forderungen lauteten auf einen Mindestlohn von 70 Pf. für Dreher und 65 Pf. für Maschinenarbeiter, sowie 65 Prozent Zuschlag bei Accordarbeit. Für Hilfsarbeiter wurde ein Stundenlohn von 50 Pf. verlangt, für Arbeiterinnen ein Stundenlohn-Zuschlag von 10 Pf. Ferner das Recht in die Accordberechnung jederzeit Einblick zu haben.

Außerdem wurde verlangt, daß für diejenigen Arbeiter, welche die Familien nicht in Elbing zu wohnen haben, dieselbe Teuerungszulage bezahlt werden soll, die die anderen Arbeiter bekommen. Die ablehnende Haltung der Firma gab Veranlassung, die Sache dem Schlichtungsausschuss zu unterbreiten, und fand am 12. April Verhandlung statt.

Außer dem Schlichtungsausschuss war ein Vertreter des Generalkommandos, ein Vertreter des Marineamts, sowie Herr Gewerberat Anieriem anwesend. Die Arbeiter waren durch den Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes, des Gewerkschaftsvereins und des Christlichen Metallarbeiterverbandes vertreten. Die Firma durch Herrn Direktor Sievers und zwei andere Beamte der Firma.

Seitens der Arbeitervertreter erfolgte die Begründung der Forderungen. Es wurden Verdienstlisten der Dreher usw. aus anderen Betrieben, speziell von den Werften der Nordsee und den Betrieben der Großindustrie in Königsberg, Danzig usw. überreicht. Die Verdienste der gleichen Branchen sind danach doppelt bis dreifach so hoch. — Außerdem wurden Hausverrechnungen überreicht, welche die Ausgaben für den Bedarf einer vierköpfigen Familie nach den heutigen Rationen und den Höchstpreisen enthalten, nebst Wohnungsmieten, Ausgaben für Kleidung usw. Ohne Ausgaben für Vergnügen. Krankheitsfälle ist hierfür ein Betrag von 70 Mk. pro Woche erforderlich.

Der Vertreter der Firma erklärte, daß er nichts zu erwidern habe, und nur erkläre, daß er etwa notwendige Auskünfte zu erteilen. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärte der Vertreter der Firma das Weiteren, daß er auf die von den Gewerkschaftsbeamten angebotenen Verhandlungen unter keinen Umständen eingehen würde.

Der Vertreter der Firma erklärte dann, wenn die Forderungen der Arbeiter erfüllt würden, sei das eine Erhöhung der Löhne seit der Zeit vor dem Krieg von mehr als 100 Prozent. Es wurde ihm darauf erwidert, daß dies doch nur auf die so überaus niedrigen Löhne, die vor dem Kriege bezahlt worden sind, zurückzuführen sei. Was jetzt verlangt würde, sei ein Verdienst von circa 1 Mk. per Stunde für die als hochqualifiziert einzuschätzende Arbeit eines Drehers. Es wurde von dem Vertreter der Firma schließlich noch die Forderung der Tarifbindung angebracht. Direktor Sievers hat den schlichten Anspruch, daß solche Verpflichtung, wie sie ein Tarifvertrag habe, der Arbeiter sich nicht leisten könne! Wenn die Arbeiter etwas beschreibendes wären, so könnten sie sehr wohl mit ihrem Verdienst auskommen. Diese Debatte zog sich durch 2½ Stunden hin. Nach etwa einstündiger Beratung beschloß dann der Vorsitzende das Folgende:

Es ist ein Spruch nicht gefällt worden, da 3 Stimmen für die Forderungen der Arbeiter gewesen seien, 3 Stimmen dagegen, und er von keinem Recht, sich der Stimmen zu enthalten, gemäß § 71 des Gewerkschaftsgesetzes Gebrauch gemacht habe.

Anmerkung: Es sind sofort Schritte eingeleitet, die Sache weiter zu verfolgen.

Gründung. Die Hochwasserfolgen bestehen für die Landwirtschaft der Weichselniederung unvermindert fort. Wohl ist der Wasserstand der Weichsel allmählich um einen Meter auf vier zurückgegangen. Doch begann dann erst recht das Steigen des Quellwassers im Innereich. Hier sind noch gewaltige fruchtbare Länderstrecken vollständig vom Wasser überflutet. Kein Zurückgehen des Wassers macht sich bemerkbar. Einen solchen Zustand des Quellwassers hat die Weichselniederung in den letzten 17 Jahren nicht zu verzeichnen. An eine Landbestellung ist nicht zu denken, da die mit großen Kosten angelegten Dampfschöpfwerke bei dem hohen Stande des Wassers machtlos sind. Trohthem arbeiten sie ständig. Die Culm- und Niederrhein ist außerdem bedroht durch die ungeheuren Wassermengen des 800 Morgen großen Rudnick-See. Diese zurückhalten ist zurzeit Aufgabe des Rudnick-Schöpfwerkes.

Briefen (Westpr.). Städt. Land- und Milchwirtschaft. Zu den 10 Milchhöfen, die von der Stadtverwaltung bereits seit vorigem Herbst gehalten werden, sind jetzt noch zwei Pferde hinzugezogen, und 23 Morgen städtisches Land werden selbst bewirtschaftet. Das Ganze bewährt sich vorzüglich.

Die Städte würden manche Ernährungsschwierigkeit leicht überwinden haben, wenn sie ohne schädliches Zögern in möglichst großem Umfange die eigene Erzeugung aufgenommen hätten. Mancher Haus-Verordnung wäre dann überflüssig gewesen. Aber gerade in den größeren Städten steht diesem gemeinnützigen Wirken der ganze Widerstand der Interessenten entgegen, die durch die gänzlich überlebte Städteordnung in den Stadtverwaltungen eine ganz unbegründete Macht besitzen. Es ist daher notwendig, daß endlich die Selbstverwaltung der Bürger durch ein freies Wahlrecht in den Gemeinden eingeführt wird.

Flatow. Um der fortgesetzten Verheimlichung und dem Mehrverbrauch an Brotgetreide der ländlichen Grundbesitzer zu steuern, sind im Kreise Flatow wiederum zwei Mahlmühlen, die sich beim Vermahlen des Getreides als unzureichend erwiesen haben, auf Anordnung des Landrats geschlossen worden, nachdem erst vor kurzer Zeit zwei Mühlen aus demselben Grunde geschlossen worden waren. Es handelt sich jetzt um die Mühlenbetriebe der Witwe Wiedenhöft in Michors und der Frau Mühlenbesitzer Seel in Hammer. Durch die Schließung sollen zugleich diejenigen Selbstversorger, besonders die aus dem Gut Komierowo getroffen werden, die in unerwarteter Weise die Mühlenbesitzerin oder deren Betriebsleiter zur Uebertretung der bestehenden Vorschriften verleitet haben. Seit der letzten Ernte sind im Flatower Kreise acht Mahlmühlen polizeilich geschlossen worden.

Aus der Partei

Das Geheimnis von Göttha

Ist noch immer nicht durch einen Bericht der Verhandlungen enthüllt. Nach dem „unabhängigen“ „Götthaer Generalanzeiger“ waren insgesamt 143 Teilnehmer anwesend. 124 kamen aus Wahlkreisen, 15 waren Reichstagsabgeordnete und 4 sonstige Teilnehmer (Frau Jieh, Kautsky, Däumig und Schubert), die 124 Vertreter waren aus 91 Wahlkreisen gekommen. Aus Berlin waren es allein 23, aus Sachsen 17 und 11 aus Groß-Hüringen. Die restlichen 50 verteilten sich auf fast alle Gegenden Deutschlands. Aus Ostpreußen waren 3 Delegierte als Vertreter der Wahlkreise Königsberg-Stadt und Königsberg-Land erschienen. Westpreußen vertrat 1 Delegierter für die Wahlkreise Danzig-Stadt und Danzig-Land. Aus Pommern vertraten 2 Delegierte den Wahlkreis Stettin.

Trotz aller Bemühungen hat es die Opposition nur erreicht, daß noch nicht ein Viertel sämtlicher Reichstagswahlkreise vertreten war. Selbst wenn man nur die Kreise betrachtet, in denen nennenswerte sozialdemokratische Organisationen bestehen, so hat sich nur ein kleiner Teil von diesen vertreten lassen. Aber selbst das Resultat: von 91 Wahlkreisen, die Delegierte entsandt haben sollen, ist nur 21 repräsentiert. In vielen, ja wohl den meisten dieser Wahlkreise sind es nicht die bestehenden Organisationen, welche Delegierte entsenden haben, sondern nur kleine abgeplittete Gruppen. Wissen wir doch z. B. aus Lübeck, daß die Opposition selbst dort, wo sie gar keinen organisierten Anhang besaß, einzelne Personen aufgefördert hat, als „Delegierte des Kreises“ zu erscheinen. Bei diesem heftigen Bemühen um zahlreiche Vertretungen ist das Resultat für die Opposition äußerst mäßig. Besonders auffallen muß es, wenn von ganz Brandenburg sich nur zwei von ganz Pommern einer, von ganz Schlesien zwei, von Hannover einer, ja selbst von dem industriestarken Westfalen nur zwei Wahlkreise sich haben vertreten lassen.

„Danzig“ wurde durch Herrn Paul Boh „vertreten“.

Verurteilung in Königsberg.

Das Kriegsgericht verurteilte am Mittwoch den 27. A. Gotschall und den ehemaligen Expedienten Mertins wegen Verbreitung von Flugblättern zu je 1 Monat Gefängnis. Die Vollstreckung wurde sofort verfügt, so daß die Verurteilten die Strafe gleich antreten mußten.

— Ein Arbeitsgemeinschaftler für rückichtslosen Unterseeboorkrieg. Der sozusagen äußerste radikale Flügel hat Julian Borchardt bereits einen Befürworter der Anwendung rückichtsloser Kampfmaßnahmen gegen England gefunden. Jetzt meldet sich aus der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft ein Gesinnungsgenosse von ihm zu Wort. Der Reichstagsabgeordnete für Lübeck, der alte Th. Schwarz, hat in einer Sitzung der Funktionäre seines Wahlkreises Lübeck erklärt, daß er niemals zu irgend welchen Spaltungsversuchen gegen die Parteiorganisation hergehen werde. Er gehöre zwar der Arbeitsgemeinschaft an, aber seine Auffassung von der Führung des uneingeschränkten Unterseeboorkrieges von der Zustimmung der „Lusitania“ an bis zur Kriegserklärung der Vereinigten Staaten stehe in geradem Widerspruch zu den Erklärungen der Arbeitsgemeinschaft hierzu und sogar zu den Auffassungen vieler Mehrheitsanhänger. Schwarz hält die uneingeschränkte Führung des Unterseeboorkrieges für notwendig und vollauf begünstigt. Der Wahlverein Lübeck hat sich einstimmig auf den Standpunkt der Partei.

Schreiben des Reichsamts des Innern betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, in vielen Fällen die Unterstützung solcher Kriegerfrauen entzogen worden ist, die eine Erwerbsarbeit nicht leisten können, weil sie entweder kränzlich oder in ihrem Haushalt unablöslich sind? Was gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu tun?

Schaffung der Arbeitskammern.
Berlin, 21. April. Der im Jahre 1910 im Reichstag gezeigte Gesetzentwurf über die Arbeitskammern soll noch vor Pfingsten erledigt werden. Damals wurde die Reichsregierung die Gewerkschaftssekretäre nicht als Vertreter der Arbeiter in den Arbeitskammern zuzulassen. Infolgedessen kam der Gesetzentwurf nicht zur Verabschiedung. Inzwischen hat sich die Stellung der Regierung zu den gewerkschaftlichen Organisationen geändert. Man erwartet eine baldige Erklärung des Staatssekretärs Dr. Hefferich und die Aneinanderreihung der Vorlage. Sollte dies sich länger hinziehen, so würden die meisten Parteien des Reichstags, unter Führung des Zentrums, in einem Initiativantrag die Regierung zu einem rascheren Vorgehen veranlassen.

Russische Umwälzung

Aufschwung der sozialistischen Presse.
Die sozialistische Presse hat infolge der Revolution einen ständigen Aufschwung genommen. Das verbreitetste Arbeiterblatt „Pravda“ (Die Wahrheit) hat eine Auflage von 150 000. Auch in Finnland hat die Arbeiterpresse an Verbreitung gewonnen; „Tjames“ (Der Arbeiter) zählt bereits an 60 000 Abonnenten.

Die Verbreitung der Presse ist der sicherste und untrüglichste Maßstab für die Bedeutung der Arbeiterbewegung. Deshalb ist diese Nachricht hoch erfreulich. Dieses russische Beispiel könnte auch in Deutschland noch gut befolgt werden. Das gilt auch für Danzig und andere Städte des deutschen Ostens.

Sozialdemokratischer Offiziers-Verband
Stockholm, 23. April. Ein Verband revolutionärer Offiziere ist in Rußland gegründet worden. Die Verbandsleitung besteht aus einem Ausschuss von 25 Personen, wovon der Verband 15 wählt, während die übrigen 10 von der sozialdemokratischen Partei eingesetzt werden.

Frankreich.
Beschränkung des Fleischverbrauchs.
Paris, 22. April. (Meldung der „Agence Havas“.) Die Regierung beschloß, daß die Verordnung über die zwei fleischlosen Tage, die am 25. April beginnen sollten, nicht in Kraft treten, sondern durch eine andere Verordnung ersetzt werden soll, die den Gastwirten und Speiseinhaltern verbietet, bei der Abendmahlzeit irgendwelches Fleisch oder andere Schlächterware zu liefern. Infolgedessen sollen die Schlächterläden um 1 Uhr mittags schließen.

Griechenland
Englische Heße gegen den König
Baut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt „Manchester Guardian“: Wie die Dinge jetzt sich entwickeln, besteht die Gefahr, daß wir den Krieg beendigen, während König Konstantin noch immer den Thron einnimmt. Er ist ein Tyrann, der seine venezianischen Gegner unterdrücken würde, sobald er die aktierten Truppen nicht mehr zu fürchten braucht. Das Blatt fordert, daß das Verbot gegen die Ausbreitung der politischen Machtsphäre Venizelos' aufgehoben werde, und begrüßt beifällig, daß Mitglieder des Parlaments im Unterhause die Angelegenheit zur Sprache bringen wollen.

China.
Gegen die Deutschen
Bern, 24. April. Der „Temps“ meldet aus Peking: Die Regierung richtete ein Rundschreiben an die verschiedenen Verwaltungsstellen mit dem Ersuchen, eine vollständige Liste der von ihnen beschäftigten Deutschen aufzustellen. Das Marineministerium antwortet, daß 18 Deutsche in seinen Diensten stehen, vier im Zeughaus von Kiauguan, fünf in der Torpedoschule in Nanking, fünf in der Marineschule in Tschifu, zwei im Zeughaus von Kanyang.

Japan.
Parlamentswahlen.
London, 23. April. Aus Tokio wird der „Times“ gemeldet: Die Wahlen, welche am 1. Freitag stattfanden, verliefen ruhig. Man erwartet einen Sieg der Regierung, die eine feste Stellung einnimmt. In den letzten Wochen sind in Tokio vier Blätter verboten worden, weil sie ein Manifest eines sozialistischen Kandidaten veröffentlicht hatten, das als eine Gefahr für die öffentliche Ordnung angesehen wurde.

Friedensvorbereitung

Sozialistischer Friedenskongreß gesichert
Stockholm, 24. April. Der Vertreter des Budapester „Vilag“ interviewte in Kopenhagen den aus Stockholm zurückgekehrten sozialistischen dänischen Minister Stauning. Er fragte ihn: „Welches Ergebnis hatte Ihre Reise nach Stockholm?“ — „Ich hatte Besprechungen mit Branding, auch besprach ich mich mit Thomas. Den sozialistischen Friedenskongreß halte ich für sicher.“ — „Welcher Standpunkt vertreten die französischen Sozialisten?“ — „Ich verstehe, daß diese Frage ganz Europa interessiert. Im Verlaufe meiner Ausrede mit Thomas teilte mir dieser mit, daß die Frage einer Annahme an dem Kongresse in Frankreich besprochen werde und daß eine französische Beteiligung nicht ausgeschlossen sei.“ — „Und die Engländer?“ — „Aber die Engländer kann ich mir keine Mittelungen machen. Der Kongreß wird, soviel ich weiß, auch ohne englische Beteiligung abgehalten werden.“ — „Und die Amerikaner und Belgier?“ — „Von der belgischen Standpunkt ist unbekannt. Husmans kenne ich wohl, aber vertritt nicht die belgische Sozialdemokratie, wenn er auch öffentlich die belgische Stimmung kennt. Die Amerikaner würden durchaus den Kongreß zu bescheiden. Sie waren immer Anhänger des sofortigen Friedens und sind auch nach Washington Erklärung auf diesem Standpunkt geblieben.“ — „Was ist die allgemeine Stimmung hinsichtlich der Friedensbedingungen vor?“ — „Im allgemeinen die des Status quo. Selbstverständlich werden verschiedene reichlich überlegte“

Fragen erledigt werden, z. B. die Autonomie oder Unabhängigkeit Polens. Was die Kriegsschuldfrage anlangt, so teile ich des Grafen Andraffy Meinung, daß diese Frage nach dem Kriege erledigt werden sollte. Ich denke über den Frieden durchaus optimistisch. Meine Hoffnungen sind positiv begründet. Ich glaube bestimmt, die Erde wird schon von den heimgekehrten Kriegern bebogen werden.“ (B. L.)

Berlin, 24. April. Der „Vorwärts“ schreibt: Russische Blätter veröffentlichen ein spezialisiertes Friedensprogramm, das sich mit allen Einzelfragen ausführlich auseinandersetzt, und sie behaupten, dies sei das Programm, mit dem die deutsche Sozialdemokratie zur Stockholmer Konferenz kommen wolle. Wir stellen fest, daß die allgemeinen Grundzüge unseres Friedensprogramms in dem veröffentlichten Beschluß des Parteiausschusses niedergelegt sind, und daß darüber hinaus ein spezialisierter Vorschlag nicht besteht und niemals bestand.

Sozialdemokratie und Friede.

Ein katholischer Geistlicher schreibt unserm Münchener Parteiorgan, der „Münchener Post“:
„Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann ist es die internationale Sozialdemokratie, die den Völkern den Frieden bringt oder diesem wenigstens den Weg bahnt. Man hat wohl bei Ausbruch des Krieges darüber gespottet, daß die Internationale versagt habe. Man lacht auch heutzutage noch über diese „Utopie“. Leider vergißt man dabei aber verschweigt absichtlich, daß die Bedingungen, welche die Sozialdemokratie als Voraussetzung für den Völkerfrieden forderte, in keinem Lande gegeben waren, und daß man in Friedenszeiten den Kampf gegen das nimmermüde Ungeheuer des Kapitalismus und Börsenammonismus ausschließlich der Sozialdemokratie überlassen hat. Und wenn jetzt die Friedensbestrebungen der Sozialdemokratie keine rascheren Fortschritte machen, dann darf man eben auch nicht übersehen, daß auch jetzt noch den Völkern die Freiheit fehlt, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, um mit jenen Frieden zu schließen, mit denen sie, einer vis major (höheren Gewalt) ausgeliefert, Kriegsführen mußten.“

Unterstützt die Friedensströmung

indem
Ihr ein Blatt des Friedens lest!
Die Danziger Volkswacht
tritt für den baldigen Frieden ein!

Wenn aber trotzdem sogar von autoritativer Seite die zuverlässige Hoffnung ausgesprochen werden konnte, daß wir dem glücklichen Ende des Krieges nicht mehr fern sind, dann verdanken wir das nicht den oberen Laufenden, sondern vor allem den in der Sozialdemokratie geeinten breiten Massen des Volkes, den vom Schicksal Enterteten, die inmitten des blutigen Völkergemeinens das Friedensbanner nie haben sinken lassen.

Wenn z. B. heute hoffnungsvolle Blicke sich nach Osten richten in der Erwartung, es möchte von dort die Hand des Friedens uns entgegen gestreckt werden, dann hat nicht die russische Großfürstenpartei, nicht die russische Börse, nicht der russische Adel, ja nicht einmal der russische heilige Synod das veranlaßt. Als Blutzeugen des Friedensengels sehen wir das russische Proletariat, das in der Sozialdemokratie eine Zuflucht gefunden hat. Und so blutig erst war es ihnen im Kampfe um den Frieden, daß sie ihr Leben für ihn hingaben. Auch für diese Friedenskämpfer müssen wir das Wort des Grafen Czernin gelten lassen: „Hut ab vor ihrer Größe und Kraft! Der Tag wird kommen, daß die Völker den Lohn für deren Heldentum erhalten werden!“ Denn aus ihrem Blute, so hoffen wir zuverlässig, wird die Friedenssaat zur herrlichen Frucht sich entwickeln.

Schon geht man nicht mehr achlos an den Friedensaposteln vorüber; sorgfältig registriert man bereits, wenn die Sozialdemokratie eines feindlichen oder neutralen Landes in den der Friedenspropaganda gezogenen engen Grenzen der Sehnsucht des Volkes nach Frieden Ausdruck zu verleihen sucht.“

Kriegswirtschaftliches

Wo beginnt die Strafe?
Seit einiger Zeit kehren in den Zeitungen Mitteilungen unter dem Stichwort „Hohe Strafen für Lebensmittelwucher“ wieder. So noch zuletzt mit besonderer Betonung die Verurteilung eines Kaufmanns Ermisch wegen Wuchers mit Erbsen und Nudeln zu 50 500 Mk. vor der Grauböhrer Strafkammer. Das hört sich ganz gut an, wenn aber bei diesem Prozeß der Verurteilte selbst keinen Reingewinn in einem halben Jahre auf 300 000 Mk. beziffert, so fragt sich der nicht juristisch Befangene, wo denn nun eigentlich die Strafe liege? Wenn einem von einem ungeheuerlichen Gewinn nachträglich ein Fünftel abgeknöpft wird und vier Fünftel verbleiben, so ist da doch keine Bestrafung zu entdecken. Soll sich darin aber auch noch eine besondere Strenge des Gerichts äußern, so können wir nur wiederholen, daß das ganze Gerichtsverfahren gegen die Wucherer nicht eine Abschreckung, sondern einen Anreiz zu diesem Verbrechen bedeutet. Eine Strafe begänne doch überhaupt erst dort, wenn zuvor der ganze Gewinn dem Wucherer genommen würde und dann müßte noch die Gefängnisstrafe hinzutreten. Auch nicht die Gefängnisstrafe allein, sondern nur in Verbindung mit empfindlicher Geldstrafe. Denn an der „Ehre“ kann man Leute nicht strafen, die keine haben.
Wenn hier nicht endlich ganz anders zugegriffen wird, so muß die Verbitterung in dem unter der Wuchererei furchtbar leidenden Volke gefährliche Formen annehmen.
(Aus dem „Fürmer“.)

Ein ostpreussisches Kriegssphänomen.

Die in Insterburg erscheinende „Ostpreussische Volkszeitung“ bringt vom 25. April 1917 in der Nummer 95 diese amtliche Original-Bekanntmachung:
Eierpreise!
Auf Bestimmung der Provinzialverwaltungsstelle steht sich die Kreisverwaltung zu ihrem Bedauern genötigt, den Einkaufspreis für Eier von sofort ab auf 20 Pf. pro Stück bezw. 3.— Mk. für die Mandel herabzusetzen.

Die Eierankaufsstellen erhalten fortan eine Vergütung von 1 Pf. pro Stück bezw. 15 Pf. pro Mandel.
Ich hoffe zuverlässig, daß die Herabsetzung der Eierpreise ein Nachlassen des Angebots nicht zur Folge haben wird und daß auch die Eierankaufsstellen in ihrer Sammeltätigkeit nicht nachlassen.
Daß fortan in der wärmeren Jahreszeit nur frische Eier zur Ablieferung gelangen dürfen, ist selbstverständlich.
Der Landrat.

Loch des amtlichen Charakters des Blattes und der zweifellosen Echtheit des landrätlichen Stoffs trugen wir Bedenken, die Bekanntmachung wiederzugeben, weil eine Täuschung nicht ausgeschlossen schien. Wie sollten wir es aber auch für möglich halten, daß ein Landrat öffentlich behauptet, daß er seine Pflicht in dieser Weise erfüllen muß. Wenn ein Vertreter des Bundes der Landwirte, wie z. B. v. Oldenburg-Samuschau, so schreiben oder reden würde, könnte man das verständlich finden. Ein königlich preussischer Landrat ist doch aber nicht der Anwalt der Großgrundbesitzer. Unsere Bedenken sind daher sehr verständlich. Vielleicht finden sie auch an anderer Stelle Beachtung.

Ergebnis der Hindenburgspende.

Nach neueren Feststellungen der Verwaltungsstelle der Hindenburgspende wurden im Königreich Preußen bis 31. März 1917 2 644 750 Kilogramm oder 52 895 Zentner Schmalz, Speck, Fleisch und sonstige Nahrungsmittel von den Landwirten für die Rüstungsarbeiter freiwillig aufgebracht. Die Sammlungen haben sich also seit dem 27. Januar 1917, an welchem Tage erst 1 191 000 Kilogramm oder 23 820 Zentner im Königreich Preußen gesammelt waren, mehr als verdoppelt. Besonders ausgezeichnet haben sich die Provinzen Ostpreußen mit im ganzen 6234, Hannover mit 5795, die Rheinprovinz mit 5446, die Provinz Sachsen mit 5013, Westfalen mit 5154, Posen mit rund 5000 Zentnern. Es ist zu hoffen, daß die Landwirte, wenn auch die Hausflachtungen jetzt aufhören, noch bereit sein werden, von ihren Dauerwaren Gaben für die Rüstungsarbeiter abzugeben. Diese Lieferungen werden den Landwirten zum Höchstpreise bezahlt.

Bestrafter Malzdieber

Bamberg, 24. April. Kommerzienrat Wegermann wurde von der Strafkammer wegen fortgesetzten Vergehens gegen den Verkehr mit Malzkontingenten des verbotenen Malzhandels für schuldig befunden, zu vier Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 716 000 Mk. verurteilt. Die Geldstrafe wird im Nichteinbringungsfall in ein Jahr Gefängnis umgewandelt.

Der Parteiausschuß zur politischen Neuordnung und Friedensfrage

Der Parteiausschuß und der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben in gemeinsamer Sitzung mit den Vorständen der Fraktionen des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses, sowie der Landeskommission für Preußen am 19. April einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Wir bekräftigen den unverbrüchlichen Entschluß der deutschen Arbeiterklasse, das Deutsche Reich aus diesem Krieg als ein freies Staatswesen hervorgehen zu lassen. Wir fordern die sofortige Beseitigung aller Ungleichheiten der Staatsbürgerrechte in Reich, Staat und Gemeinde, sowie die Beseitigung jeder Art bürokratischen Regiments und seine Ersetzung durch den entscheidenden Einfluß der Volksovertretung.“

Mit Entschiedenheit verwerfen wir die von den feindlichen Regierungen verbreitete Zumutung, daß die Fortführung des Krieges nötig sei, um Deutschland zu freizeichlichen Staatseinrichtungen zu zwingen. Es ist Aufgabe des deutschen Volkes allein, seine inneren Einrichtungen nach seinen Ueberzeugungen zu entwickeln.

Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution und das durch ihn entfachte Wieder-aufleben der internationalen Friedensbestrebungen. Wir erklären unser Einverständnis mit dem Kongreßbeschlusse des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annexionen und Kriegsschädigungen auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker.

Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie der Sozialisten aller anderen Länder, die Machtverhältnisse eines elogeischen Chauvinismus zu bekämpfen, die Regierungen zum klaren Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik zu drängen und so rasch wie möglich entscheidende Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage herbeizuführen.

Kein Volk darf durch den Friedensschluß in eine demütigende und unerträgliche Lage gedrängt werden, sondern jedem muß die Möglichkeit gegeben sein, durch freiwilligen Beitritt zu einer überstaatlichen Organisation und Anerkennung einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit den dauernden Bestand der künftigen Welt sichern zu lassen.“

Für die Vorstände der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich und der ungarländischen Sozialdemokratie, die den Verhandlungen bewohnten, erklärte Genosse Dr. Viktor Adler, daß sie sich selbstverständlich nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einmischen wollen, daß sie aber, soweit es sich um die Friedensumgebung handelt, im Namen der von ihnen vertretenen Parteien dem vorstehenden Beschluß mit dem sie Wort für Wort einverstanden sind, sich einmütig anschließen.

General Gröners Aufruf an die Rüstungsarbeiter

Berlin, 27. April. Der Chef des Kriegsamts hat folgenden Aufruf erlassen:

An die Rüstungsarbeiter!

Im Westen bei Arras, an der Aisne und in der Champagne stehen unsere heldenmütigen Brüder in der schwersten und blutigsten Schlacht der Weltgeschichte.

Unser Herr braucht Waffen und Munition. Hört Ihr Heldenbrüder Brief gelesen? „Eine unerschöpfliche Schuld nimmt derjenige auf sich, der in der Heimat feiert statt zu arbeiten. Für eure Schuld mühen unsere Heldengräber bluten.“

Wer magt es, dem Rufe Hindenburgs zu trotzen? Ein Hundesoff, wer streift, solange unsere Heere vor dem Feinde stehen!

Hiermit ordne ich an, daß unverzüglich in den Rüstungsbetrieben aller Art hochgezinnte Arbeiter, mutige Männer und Frauen sich zusammenschließen und ihre Kameraden aufklären, was die Not der Zeit und die Zukunft des Vaterlandes von uns allen fordert: Arbeit und wiederum Arbeit bis zum glücklichen Ende des Krieges. Diese mutigen Arbeiter sollen rücksichtslos gegen alle diejenigen vorgehen, die hegen und aufreizen, um dem Heere die Waffen und die Munition zu entziehen. Leset Hindenburgs Brief immer wieder und Ihr werdet erkennen, wo unsere schlimmsten Feinde stehen. Nicht draußen bei Arras, an der Aisne und in der Champagne — mit diesen werden eure heldenmütigen Söhne und Brüder fertig. Nicht drinnen in London. Mit diesen werden unsere Blaujacken auf den Unterseebooten gründliche Abrechnung halten. Die schlimmsten Feinde stehen mitten unter uns — das sind die Kleinmütigen und die noch viel Schlimmeren, die zum Streik hegen. Diese müssen gebrandmarkt werden vor dem ganzen Volke, diese Verräter am Vaterlande und am Heere. Ein Feigling, wer auf ihre Worte hört. Leset im Reichsstrafgesetzbuch, was § 39 über den Landesverrat sagt. Wer magt es, nicht zu arbeiten, wenn Hindenburg es befiehlt!

Der Brief Hindenburgs und dieser Aufruf sind in allen Rüstungsbetrieben so anzuschlagen, daß jeder Arbeiter tagtäglich sie vor Augen hat als dauernde Mahnung zur Überwindung des Kleinmüts, zur Erfüllung der Pflichten gegen unser geliebtes deutsches Vaterland. Wir sind nicht weit vom Ziel. Es geht ums Dasein unseres Volkes. Glückauf zur Arbeit!

Der Chef des Kriegsamts,

Gröner,

Berlin, im April 1917. Generalleutnant.

Die Gewerkschaften für die Verteidigungsarbeit gegen wilde Streiks

Berlin, 26. April. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands richtete an den Chef des Kriegsamts, Generalleutnant Gröner, folgendes Schreiben:

Es. Ergeben danken wir für die Übermittlung des Schreibens des Herrn Generalfeldmarschalls von Hindenburg. Mit den leitenden Gedanken und Darlegungen erklären wir uns völlig einverstanden. Arbeitseinstellungen in der gegenwärtigen Stunde sind zu vermeiden. Die Erhaltung der Sicherheit des Reiches steht an erster Stelle. Nach allen Kundgebungen der Gegner Deutschlands unterliegt es für politisch

reife Menschen keinem Zweifel, daß nicht Verminderung, sondern nur Erhöhung der Widerstandskraft Deutschlands uns den baldigen Frieden bringen kann. Wo diese politische Erkenntnis nicht vorhanden ist, sollte zum mindesten das Mitgefühl mit unseren an den Fronten ihr Leben einsetzenden Söhnen und Brüdern die Arbeitnehmerschaft von Handlungen fernhalten, die geeignet sind, die Kraft der Kämpfenden zu lähmen.

Seit Jahresfrist haben England und Frankreich, unterstützt von den vereinigten Staaten Nordamerikas, ungeheure Massen von Geschützen und Munition an der französisch-belgischen Front aufgeschüttelt. Das Ungeheuerliche, was ein Menschentum sich auszumalen vermag, ist über unsere dort kämpfenden Volksgenossen herabgebrochen. Nur ein heroischer, gewissenhafter Mensch kann dazu raten, diesen die erforderlichen Verteidigungsmittel zu versagen.

Diese Auffassung beherrscht nach unserer innersten Überzeugung auch die Bevölkerungskreise, die durch unsere Organisationen vertreten werden. Unsererseits wird alles geschehen, sie nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken und zu erweitern.

Von unverantwortlichen Leuten ist, glücklicherweise mit ganz vereinzeltem Erfolg, versucht worden, die Arbeitseinstellung der Waffen- und Munitionsarbeiter politischen Zwecken dienstbar zu machen. Der Wunsch nach baldiger Beendigung des blutigen Völkerringens ist, ebenso wie in den anderen kriegsführenden Ländern, auch im deutschen Volke groß. Er ist menschlich erklärlich und verständlich. Das Bestreben, ein Mittel zu finden, die Beendigung des Krieges herbeizuführen, beherrscht auch die arbeitende Bevölkerung. Bedauerlich ist, daß einige, wenn auch unbedeutende Kreise dieses Mittel in einer Verweigerung der Herstellung der zur Landesverteidigung erforderlichen Waffen erblicken.

Solche Ideen hätten die beklagten Arbeitseinstellungen in dem eingetretenen Umfang nicht herbeiführen können, wenn nicht bestimmte Voraussetzungen für eine Mißstimmung in der arbeitenden Bevölkerung vorhanden wären. Die wesentlichste Ursache, welche die Stimmung für die Arbeitseinstellungen schuf, ist in den unzureichenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungspolitik zu erblicken. Den Arbeitern und Angestellten ist bekannt, und die Tatsache läßt sich nicht bestreiten, daß immer noch verhältnismäßig große Mengen wichtiger Nahrungsmittel außerhalb der Stationierung, jedoch nur zu Preisen, die von der erwerbstätigen Bevölkerung nicht gezahlt werden können, erhältlich sind. Diese Nahrungsmittel werden gerade vielfach von den Kreisen konsumiert, die nicht ihre volle Arbeitskraft in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen genötigt sind. Das Verlangen, Maßnahmen zu reiflicher Erlassung und gerechter Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel schleunigst herbeizuführen, hat im wesentlichen den Anstoß zu den Arbeitseinstellungen gegeben. Deshalb erwarten wir bestimmt, daß die in Aussicht gestellten, zum Teil in Angriff genommenen Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung der Städte und Industriegebiete mit der nötigen Schärfe und Rücksichtslosigkeit und dem dann zu erwartenden Erfolge durchgeführt werden. Damit würde der wesentlichste Grund zur Beunruhigung der arbeitenden Bevölkerung genommen sein.

Der weiteren muß alles vermieden werden, was geeignet ist, bei den Arbeitern und Angestellten das Gefühl aufkommen zu lassen, daß sie nicht die volle Beachtung und Wertschätzung ihrer Leistungen finden. Unzureichende Entlohnung, die Weigerung vieler Unternehmer, die Arbeitsleistung unter Berücksichtigung der für den Lebensunterhalt erforderlichen Aufwendungen zu bezahlen, unnötige Härten bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, die vielfachen Versuche, die durch Gesetz der Arbeitnehmerschaft zustehenden Rechte einzuschränken oder zu beseitigen, sind geeignet, große Mißstimmung und steten Konflikstoff zu erzeugen. Leider haben viele Unternehmer, vornehmlich in der Großindustrie, auch während der langen Dauer des Krieges sich nicht von den Methoden der Behandlung der Arbeitnehmer freigemacht, die schon in Friedenszeiten zu großer Unzufriedenheit und scharfen Kämpfen führten und auch jetzt unangenehm Reibungen hervorrufen.

Hier eine Aenderung herbeizuführen, sollten Staats- und Heeresleitung sich nachdrücklich angelegen sein lassen.

Wir werden immer wieder darauf hinweisen, daß diejenigen sich an unserer Lände verständigen, die durch die willkürliche Herabminderung der Leistung von Verteidigungsmitteln die Widerstandskraft unserer Truppen schwächen. Auf der anderen Seite muß aber auch alles getan werden, was erforderlich ist, die Leistungsfähigkeit der Heimarmee zu erhalten. Werden die Pflichten mit dem tiefen Ernst, welchen die gegenwärtige Zeit erfordert, von allen Seiten erfüllt, so wird unser deutsches Volk auch diese schwersten Wochen des furchtbaren Weltkrieges bestehen.

Es. Ergeben bitten wir, Herrn Generalfeldmarschall von Hindenburg von diesem Schreiben Kenntnis zu geben.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands

gez.: C. Begien.

Gesamverband der christlichen Gewerkschaften

gez.: Franz Behrens.

Verband der deutschen Gewerksvereine S.-O.

gez.: Gustav Hartmann.

Polnische Berufsvereineigung

gez.: Rhymer.

Arbeitsgemeinschaft für die kaufmännischen Verbände

gez.: Dr. Köhler.

Arbeitsgemeinschaft für ein einheitliches Angestelltenrecht

gez.: Aufhäuser.

Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände

gez.: Dr. Hoelle.

Literatur

Urmenschen-Junde.

Wie in Feindestand zwei Urmenschen aufgefunden wurden wird in lebendiger Darstellung geschildert in dem Buch bei Brockhaus erscheinenden reich illustrierten Buch „Der Mensch vor 100 000 Jahren“ von Dr. D. Hauser (Preis 3 Mk.). Es war eine ungeahnte, epochenmachende Entdeckung, die dem Forscher noch kurz vor Ausbruch des Weltkrieges beschieden war. Er hatte mehr Glück als sein gelehrter Landsmann, der berühmte Scheuchzer, vor mehr als 200 Jahren, der den „Menschen der Sündflut“ entdecken wollte, aber nur das wohlhabende Stetlet eines Riesensalamanders gefunden hatte! Seitdem war der Urmensch in Wissenschaft gekommen, und es dauerte bis ins 20. Jahrhundert hinein, bis sich die junge Wissenschaft der Urgeschichte erfolgreich durchsetzen konnte. Selbst ein Naturwissenschaftler wie Huxley wollte nicht an den Diszidenten glauben, sondern erklärte lieber aufgefundenen Stetlet für Reste eines nichtkranken modernen Menschen! Da fand Hauser in einem Boden, den die französische Regierung immer wieder erfolglos bearbeitete hatte, sogar zwei verschiedene Urmenschenrassen, die zweifellos vor mehr als 100 000 Jahren in jenem verlassenen Winkel Südfrauentrichs gehaust hatten. Die mit den Stetleten gemachten Funde lassen sogar das Leben und Treiben jener wandernden Jäger erkennen. Wie sehen sie jagen und jähren, wie belauschen einen ihrer Künstler, der Tiergestalten in harter Streumeißel, ein unscheinbarer Feuersteinmesser verrät uns einen geheimnisvollen Fund. Ein Altar wird ausgegraben. Hausers Buch belehrt uns auch, daß dieselben Menschenrassen, die einst die Südküste Frankreichs bevölkert haben, auch in Deutschland gelebt haben. Sie sind noch in den letzten Wochen in unserm Vaterlande nachgewiesen worden und in Schillinggraben an der Beresina, wo man Knochen und Kulturreste dieser Urmenschen gefunden hat.

Es sind weite Perspektiven, die sich dem Leser ins Leben der Urmenschen öffnen. Jeder Gebildete wird durch Hausers Buch, das sich durch eine angenehme lesbare, klare Darstellung auszeichnet, bis zum Ende gefesselt.

Die Glode, Sozialistische Wochenschrift. Herausgegeben von Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 2). Das eben erschienene Heft 2 enthält u. a. folgende Artikel: Heinrich Cunow: Osterbotschaft. August Winnig: Fünf Minuten vor Zwölf. Dr. Paul Jenich, M. d. R.: Der Krieg des Herrn Wilson. Hermann Wendel, M. d. R.: Der bürgerliche Charakter der französischen Revolution. Wilhelm Blos, M. d. R.: Die alte und die neue Internationale. Dr. Palatinus: Jüdische Komitee in Bayern. Friedrich Klebe: Die „Sucht“ nach Rente. Artur Zicker: Erfüllung. Gassen. Suha Stengele f. — Einzelhefte 30 Pfennig, vierteljährlich 3,50 Mark bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig. Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig. Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Soeben ein Waggon des vorzüglichen Handwaschmittels



Ohne Seifenkarte Julius Goldstein
Preis 12.00 Mk. p. Kiste (inhalt 100 Stück) Danzig Junkergasse 4 Fernspr. 551

Arbeiter-Jugend Danzig

Sonntag den 6. Mai, abends 7 Uhr, im Bürgergarten (Wwe. Steppuhn)

Frühlings-Feier

Reigen — Musik — Gesang — Vorträge

Eintritt: Erwachsene 50 Pf., Jugendliche 30 Pf.
Vormittag im Verkauf a 40 Pf. sind erhältlich
Volkswacht, Paradiesgasse 32.
Zeitlichen Bescheid erwarten

Der Jugend-Ausschuss.

Sozialdemokr. Verein Danzig-Stadt

Sonntag den 29. April, nachm. 3 Uhr
bei Frau Steppuhn-Schiblich

Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Jahresbericht und Jahresabrechnung. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1917. 3. Neuwahlen zum Vorstand. 4. Bericht und Neuwahlen zum Bezirksvorstand, Jugendauschuss, Bildungsausschuss, Bezirkskommission und Bibliothekskommission. 5. Verschiedenes.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder Karte
Nach Schluß der Versammlung findet ein Unterhaltungsabend bei freiem Eintritt, unter Mitwirkung von Mitgliedern der Theaterabteilung und des Sängervereins Sängergaß statt.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand. Eugen Sollin.

Wochenplan des Danziger Stadttheaters.

Montag, den 30. April, 7 Uhr: Oper: „Die verkaufte Braut“
Dienstag, den 1. Mai, 7 Uhr: 1901 Komödie.
Mittwoch, den 2. Mai, 7 Uhr: „Frau vom Meer“.
Donnerstag, den 3. Mai, 7 Uhr: „Die drei Missethäter“ von Tolstoj.
Freitag, den 4. Mai, 7 Uhr: „Der Bettelstudent“ von Heine.
Samstag, den 5. Mai, 7 Uhr: „Kameraden“, Komödie von E. Brückner.
Sonntag, den 6. Mai, 7 Uhr: „Hinter Gitter“.

Schnupftabak

offen
garant. rein.
Julius Gosda, Rohstoffgroßhandlung
und Schnupftabakfabrik
Danzig, Ecke Hätergasse 5 u. 2. Priesterstraße 5. Fernspr. 2428

Zeitungsträgerinnen

sucht
Expedition Volkswacht, Paradiesgasse 32

Prüfungs- und Einsegnungs-Anzüge
sowie
Einsegnungs-Kleider
empfehlen
Ertmann & Perlewitz, Holzmarkt, Nr. 23, 25, 26

In freien Stunden Preis 15 Pf., zu beziehen durch
Buch Volkswacht, Paradiesgasse
Tüfte
in
reicher
Auswahl
Blusen
Handschuhe
zu billigsten
Preisen.
Julius
Goldstein
Paradiesgasse 4, gegenüber der Markthalle